

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Beilage-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereine
 und Versammlungen 20 Pf. „Kleine
 Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur
 das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 5. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Bewegung in Rußland.

Rußland durchlebt jetzt eine sehr bewegte Zeit. Aus den entlegenen Gegenden des geschnittenen Reiches kommt die Kunde von Protestbewegungen; die Erbitterung gegen den Zarismus wächst und die oppositionelle Bewegung nimmt immer drohendere Formen an.

Wir wollen hier kurz die letzten Ereignisse auf dem Boden des politischen Kampfes schildern.

Zunächst müssen wir noch über einige Maidemonstrationen berichten. Außer den im „Vorwärts“ erwähnten, haben noch mehr oder minder gelungene Maidemonstrationen in Petersburg, Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Tiflis, Orjansk, Simferopol und Sewastopol stattgefunden. Die Stadt Simferopol kann in ihren Annalen die erste Straßen-demonstration verzeichnen. Für die Orjanskier war dieses Ereignis so unerwartet und unverständlich, daß sie nicht wußte, was hier anzufangen sei; die Schutzmänner ließen anfangs die Demonstranten ruhig weiter marschieren und wandten sich nur an den Polizeichef mit der Anfrage, weshalb ihnen nicht mitgeteilt wurde, daß durch die Straßen eine Prozession mit roter Fahne ziehen werde. Das Ende ist selbstverständlich: die Polizei stürzte sich auf die Demonstranten; es wurden mehrere verhaftet, von denen sieben bis jetzt noch im Gefängnis gehalten werden.

Auch in Sewastopol hat die Demonstration 20 Verhaftungen nach sich gezogen.

Unmittelbar durch die Märzereignisse hervorgerufen sind die Unruhen in den Petersburger Fabriken. Die Arbeiter, die am 4. und 11. März gewaltsam zu ihren Fabriklasernen zurückgedrängt wurden und sich den Demonstranten nicht anschließen konnten, wollten ihren 1. Mai nicht freilassen und hatten sich lange darauf vorbereitet. Am 1. Mai alten Stils wurde auf fast allen im Wyborgischen Stadtteil gelegenen Fabriken die Arbeit niedergelegt. Am 4./17. Mai zogen mehrere Tausend Arbeiter von dort nach dem Innern der Stadt, um dort eine Kundgebung zu veranstalten. Doch die wachsame Polizei stellte sie an der Sampsonienowsk-Brücke und ließ sie nicht weiter gehen. Es begann zwischen beiden Seiten ein heftiger Kampf, der mehrere Stunden dauerte. Die Polizisten hielten mit blanker Waffe, die Arbeiter warfen mit Steinen und stützten sich auf einzelne Polizisten mit Messern. Es wurden auf beiden Seiten mehrere getötet und 70 Mann schwer verwundet; mehrere hundert Arbeiter wurden verhaftet. Bald darauf begannen gewaltige Arbeiterunruhen auf den Obuchowschen Fabriken, die bis jetzt noch nicht aufgehört haben. Die Unruhen wurden dadurch hervorgerufen, daß die Arbeiter einer Obuchowschen Fabrik, die an der Maifeier d. h. Maiklacht teilgenommen hatten, von der Fabrikverwaltung entlassen wurden. Als dieses den Arbeitern bekannt wurde, entstand eine große Erbitterung unter ihnen, und sie beschloßen sämtlich, die Arbeit niederzulegen. Am 7./20. Mai traten sie in den Ausstand und eine Menge von 3000 Arbeitern versammelte sich demonstrierend vor den Fabrikgebäuden. Als der Fabrikdirektor sich an sie wandte mit der Frage, was sie eigentlich wollten, antworteten sie, daß sie nur dann zurück an die Arbeit gehen würden, wenn ihre entlassenen Kollegen wieder aufgenommen würden.

Der Direktor ließ Militär holen.

Als die Kosaken und Gendarmen ankamen, entstand eine förmliche Schlacht. Ein Teil der Arbeiter verbarrikadierte sich hinter die Säule und Mauern der Fabrikgebäude und warf von dort aus mit Steinen auf das Militär; ein anderer Teil kämpfte auf offener Straße. Alle Nachbargassen waren von den Arbeitern belagert; sie schlugen sich wahrhaft heldenhaft, sodaß drei Angriffe des Militärs zurückgewiesen wurden. Schließlich wurde auf die Arbeiter Feuer gegeben. Zehn Arbeiter wurden getötet; Verwundete — ohne Zahl. Als sich die Masse zerstreute, wurde noch immer geschossen; manche wurden in den Rücken getroffen. Auch von der Seite der Arbeiter sollen einige Schiffe gefallen sein; einen Gendarmen-Oberst wurde mit einem Fingerring der Kopf zerschmettert.

Auch in Lodz, wo es nach den großen Kämpfen des Jahres 1892 unter der Arbeiterschaft still war, beginnt es jetzt zu gähren. Viel hat dazu der letzte furchtbare Fall beigetragen, die Ermordung des Wädersgessenen Balkin durch die Polizei. Aus Anlaß dieser Greuelthat erschienen in Lodz zwei Proklamationen an die Arbeiter. Eine vom Lodzger Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in jüdischer Sprache, worin die Arbeiterschaft zum Kampf für politische Freiheit gegen den niederrückigen wilden russischen Despotismus aufgefordert werden, die andere in deutscher Sprache von der Socialdemokratischen Partei Polens und Litauens und vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunde gezeichnet. Diese Proklamation schließt folgendermaßen:

„Die Kunde von dieser Greuelthat wird in die Arbeitermassen dringen und einen kräftigen Wiederhall finden. Steht denn diese That vereinzelt da, oder erscheint sie nicht vielmehr als der würdige Schluß einer ganzen Reihe von Verfolgungen und Erniedrigungen, denen wir von Seiten der Polizei ausgesetzt waren? Wie frisch sind noch in unserer Erinnerung die Verhaftungen friedlicher Arbeiter, ihre massenweise Ausweisung per Straße, die Kosakenhiebe mit den Knäulen usw. usw. Und wer trägt Schuld an all diesen schrecklichen Ausschreitungen? Nicht etwa die Regierung, die der Noth und Willkür der Polizei freien Raum läßt? Sie selbst, die blut- und mordgierige Regierung ist es, die uns in die Hände ihrer elenden Streiche liefert. Doch giebt es keine Rettung aus diesem Elend!

Genüß! Laßt jeden kleinlichen nationalen Haß, der euch gegen gemeinschaftlichen Feinde gegenüber ohnmächtig macht, verweh-

en, polnische, jüdische und deutsche Arbeiter, um mit vereinten Kräften gegen die Organe der Polizeiherrschaft zu protestieren. Ist denn jeder von uns, ob Jude, Pole oder Deutscher, nicht jeden Augenblick in Gefahr, von dem ersten besten Lumpen angegriffen und zu Tode geprügelt zu werden? Vereinen wir uns, Arbeiterbrüder, im Namen unserer menschlichen Würde, um in festgeschlossenen Reihen unsern gemeinsamen Feinde Widerstand zu leisten. Durch offene Straßendemonstrationen und eine gefrästigte Organisation können wir unsern Feinden nicht nur unsere Kräfte zeigen, sondern durch fortwährende Verbreitung unserer hohen Ziele können wir allmählich auch jenen Moment vorbereiten, da wir als freie Bürger, als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, die sich selbst und keiner despotischen Regierung angehörend. Wieder mit der Selbstherrschafft! Es lebe die Solidarität und die Vereinigung aller Arbeiter!“

Auch im fernen Sibirien, im Lande der Verbannung, in der Stadt Krasnojarsk, wehte diesmal zum 1. Mai ein frischer Zug politischer Bewegung durch die Arbeitermassen. In der Stadt wurde eine Manifestation verbreitet, die allgemeines Aufsehen erregte.

In Witau erfolgten in den letzten Tagen mehrere Verhaftungen, u. a. wurden auf der Straße Biehrud und Ringa verhaftet. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juli.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Es ist noch in frischer Erinnerung, welche vorläufigen Ansichten über das Koalitionsrecht der Arbeiter der vermutlich bald zu den verflorenen zu zählende preussische Eisenbahnminister v. Thielen vor einigen Monaten im preussischen Abgeordnetenhaus äußerte. Desselben Geistes sind seine Berufscollegen, die Herren Rheinbaben, Müller, Sammerstein u. Ueberhaupt giebt die preussische Gesamtregierung in ihrer Feindschaft gegen das Koalitionsrecht dem Verbands der Schanzmacher nicht das geringste nach.

In Rücksicht darauf ist es beachtenswert, von preussisch-amtlicher Stelle einmal ein verständiges Wort über das Koalitionsrecht zu hören. In der „Zeitschrift des königlichen preussischen statistischen Bureaus“ (IV. Vierteljahrsheft 1900), einer amtlichen Veröffentlichung, die vom Vorstande der genannten Staatsbehörde herausgegeben wird, veröffentlicht ein preussischer Staatsbeamter, der sog. Eisenbahn-Vau- und Betriebsinspektor Ernst Biedermann eine umfangreiche Studie unter dem Titel: „Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Hauptprobleme.“ In dem Kapitel „Arbeiterpolitik“ verbreitet er sich auch in einem besonderen Abschnitt über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wir geben den Hauptinhalt dieser Ausführungen mit einigen Unterstreichungen hier wieder:

„Aus der kapitalistischen wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer folgt für die Arbeiter, soweit sie nach dem Worte Jeder ist seines Glückes Schmied“ hinsichtlich der Hebung ihrer wirtschaftlich-socialen Stellung auf Selbsthilfe verwiesen werden, die Notwendigkeit und Berechtigung des Zusammenstehens und der Forderung des vollen freien Koalitionsrechts, vollends in einer Zeit, in der die Zerst- und Kartellbildungen, die Kapitalvereinigung der Unternehmer, eine für die Allgemeinheit des Abnehmertums bedrohliche Entwicklung angenommen haben. Es ist das nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern, wie die bösen Folgererscheinungen jener Kapitalvereinigungs-politik für das gesunde sociale Gefüge des Staates gezeigt haben, zugleich in erster Linie eine solche der wirtschaftlichen Notwendigkeit und der politischen Zweckmäßigkeit.“

Da die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Arbeitgeber über den Arbeiter nicht mehr zu bestreiten ist, folgt weiter, daß auch dem letzteren daselbe private Mittel, das von seinem überlegenen Gegner beim Abschluß des Arbeitsvertrags uneingeschränkt angewendet wird, unverkürzt freigegeben werden muß; die unlieb-samen Erscheinungen für unsere Wirtschaft, welche die Ausschöpfung von Massenentlassungen (Streiks) zu begleiten pflegen, dürfen nicht dazu führen, die als richtig erkannte Gleichberechtigung beider Teile unbeachtet zu lassen, also das Recht zu bengen.“

Nachdem durch die Gewerbe-Ordnung von 1890 alle früheren Verbote und Strafbestimmungen gegen Vereinigungen von Gewerbetreibenden zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn-arbeits-Bedingungen, insbesondere durch Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, aufgehoben sind, ist der Arbeiter zwar bereits im Besitze des Koalitionsrechts, dessen Ausübung und Ausübung aber die Bestimmungen über politisches Vereins- und Versammlungsrecht in den meisten Bundesstaaten und in verschiedener Schärfe praktisch entgegenstehen, indem Kritiken und Bemängelungen politischer Einrichtungen, wie zum Beispiel der Gewerbe- und Handels-Gesetzgebung, die Handhabe bieten, eine solche Versammlung als politische Zwecke verfolgend zu kennzeichnen und im Verwaltungswege aufzulösen.“

Wir fassen unsere Darlegungen dahin zusammen, daß unter strenger Zurückweisung jeglicher außergerichtlichen Schritte und Bindungen unter voller Wahrung der berechtigten Interessen dritter der Arbeitnehmerschaft das uneingeschränkte Koalitionsrecht offen zu halten ist, das dem Arbeit-gebertum zur Seite steht und von dem dieses den uneingeschränkten Gebrauch gemacht hat, daß sich, kurz gesagt, eine der Arbeitnehmer-Vereins- und Verbandsbildung (Gewerkschaften, Trade Unions) freundliche und förderliche staatliche Politik und behördliche Haltung empfiehlt, welche dem Arbeitgeber gegenüber jeden Zweifel darüber zerstreut, daß der Arbeits-

vertrag und seine Wirkungen nach der heiligen kapitalistisch-großbetrieblichen Entwicklung keineswegs nur eine Frage des privaten, sondern eine solche des öffentlichen Rechts ist.“

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikareske, daß solche verständige Ansichten, die an sich durchaus selbstverständliches enthalten, von einem Beamten geäußert werden, dessen Amt von Herrn von Thielen resortiert, und daß sie in einer Schrift veröffentlicht werden, die vom Ministerium des Innern resortiert. Es wäre noch interessant zu wissen, wie sich der in Berlin stationierte Beamte in der Praxis zu den Koalitionsbestrebungen der Eisenbahner verhält.

Der erste Socialdemokrat im Landtage.

Aus Wien, 3. Juli, wird uns geschrieben:

Die gestrige Landtagswahl im geheimer Wiener Gemeindebezirk (Favoriten) hat ein für die Socialdemokratie höchst erfreuliches Ergebnis gehabt: ihr Kandidat, Genosse Dr. Victor Adler, ist mit 4293 Stimmen zum Abgeordneten des niederösterreichischen Landtags gewählt worden. Der Sieg ist um so bedeutsamer, als er im Gebiet des Census-Wahlrechts errungen wurde und weil er die erste Befreiung ist, die damit in die abgeschlossene Burg der Landtagsprivilegien gesetzt worden ist. Genosse Adler ist der erste socialdemokratische Landtags-Abgeordnete in Oesterreich; die Landtage, bisher ein Vestibulum der Privilegierten, sind mit der gestrigen Wahl für die Socialdemokratie erschlossen worden. Die letzte Wahl fand in dem Bezirk im Jahre 1890 statt; damals hatte die Socialdemokratie überhaupt keinen Kandidaten aufgestellt. Und gestern ist das Mandat, gleich im ersten Anlauf, erobert worden! Die Siegesnachricht hat in der ganzen österreichischen Arbeiterschaft den heißsten Jubel erweckt und erfüllt die langgewohnte Wiener Socialdemokratie mit frischem Mut. Zu der Freude über den politischen Erfolg gefügt sich auch ein rein persönliches Gefühl: Jeder Arbeiter ist erfüllt von der Genugthuung darüber, daß es endlich gelungen ist, dem Genossen Adler, dem tapfern unverzagten, unermüdbaren Kämpfer der österreichischen Partei, die Sporen der gesetzgebenden Körperschaften zu erschließen. Daß es bei den zwei Reichsratswahlen mißlang, ist ein Leid für die gesamte Arbeiterschaft; um so lebhafter ist die Freude, daß diesmal die große Arbeit auch den unmittelbaren Erfolg gefunden hat. Der gestrige Sieg eröffnet auch für die Reichsratswahl die besten Hoffnungen; das Uebergewicht Favoritens wird sich in dem Reichsratswahlkreise immer stärker geltend machen und den Kleinbürgerlichen Vorkämpf, den der Industriebezirk von den andern Gemeindebezirken schleppt, auch überwinden.

Favoriten ist der Sitz der Wiener Großindustrie; hier ist das Proletariat überwiegend und wenn die politische Entwicklung in Oesterreich mit der ökonomischen gleichen Schritt hält: beim allgemeinen und gleichen Wahlrecht zählte Favoriten zu den sichersten socialdemokratischen Wappvölkern. Aber vom allgemeinen Wahlrecht ist bei dem Landtag nicht die Rede; der niedrigste Census ist da noch immer 7 Kronen 20 Kreuzer bei dreijähriger ununterbrochener Schaffhaftigkeit. Gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht bedeutet das eine Verringerung der Wählerzahl auf die Hälfte; daß die Arbeiterschaft den Bezirk erobern konnte, ist wesentlich eine Folge der Personal-Einkommensteuer, die allmählich die privilegierten Kurien bis auf den Grund erschüttern wird. Die politische Bedeutung dieses Sieges ist deshalb so groß, weil der Landtag knapp vor den Neuwahlen steht, diese Erstwahl also vorbildlich ist für die kommenden allgemeinen Wahlen. Es ist kein Zweifel, daß der Socialdemokratie noch einige erste Erfolge in Aussicht stehen, und nicht minder ist es sicher, daß die ausichtslosende Stellung der Christlichsocialen bei den nächsten Wahlen erschüttert werden wird. In Wien stehen sie der socialdemokratischen Front gegenüber, und auf dem flachen Lande werden sie von den immer mehr erstarkenden Deutschnationalen bedrängt. Ein Mandat weniger bedeutet für die Luzerei noch nicht viel; aber die Einbuße an Ansehen, die ihr die sich unaußersächlich wiederholenden Schlägen zufügen, ist von unermesslicher Bedeutung. So groß also die Freude im socialdemokratischen Lager ist, so groß ist die Bitterkeit bei den Christlichsocialen. Nur Luzerei fähig, daß ihm der Boden unter den Füßen wankt. —

Deutsches Reich.

Die Staatsbürger vierter Klasse.

Das preussische Eisenbahnministerium legt Wert darauf, durch seine Tarifpolitik zu beweisen, daß sie die vier „Stände“ der Bevölkerung ihrerseits separat befördert. Während in Amerika es im Wesentlichen nur eine Hochklasse giebt, wird das Reisen in Preußen sorgfältig nach dem „Stand“ strafverschärft. Der Proletarier darf es auch auf der Reise nicht vergessen, daß sein Taschengeld zum Leiden bestimmt ist. Daran bekommt der vierte Stand seine vierte Klasse, deren Einrichtung offenbar von der Absicht geleitet ist, von dem Gebrauch der verfassungsmäßig gewährtesten Freizügigkeit abzu-sprechen.

Die Thielen'sche Tarifreform der 45tägigen Mühsalarten ist unter dem Gesichtspunkt der Vereinfachung allgemein als ein wenn auch sehr beschleunigter Fortschritt begrüßt worden. Nur verrät leider auch diese Reform den Geist der heute üblichen Socialreform. Die Proletariatsklasse, die vierte Klasse, ist vollständig übergangen worden. Hier giebt es keine Mühsalarten und deshalb ist fortan die Hin- und Rückfahrt für die Besitzlosen nicht viel billiger als für das Publikum dritter Klasse, das außerdem noch die Schnellzüge benutzen kann.

Die Berliner Neuesten Nachrichten“ des Annoncen-Ünigs-Clubs verraten den Grund, warum man die vierte Klasse übergangen hat. Der Eisenbahnminister hätte sonst die Todfeindschaft der Agrarier auf sich gezogen. Das Blatt schreibt:

„Eine gründliche Reform, wie eine solche vor einem Jahrzehnt in Frage stand, bedeutet allerdings die große Verlängerung der Dauer der Mühsalarten nicht; aber es ist eine wesentliche

Erleichterung für weite Verkehrskreise, nicht bloß für Vergnügungs- und Erholungsreisende, sondern auch für Geschäftsleute etc. Das Gros der Arbeiter wird allerdings nicht davon betroffen, da es für die IV. Wagenklasse überhaupt keine Rückfahrkarten giebt. So erklärt es sich, daß selbst von konservativer, vornehmlich die Interessen der Landwirtschaft vertretender Seite ein Protest nicht erfolgt.

Das ist ein wertvolles Geständnis. Hier wird ganz offen von dem reaktionären Unternehmungsorgan zugestanden, daß die Konserativen nur deshalb gegen die Tarifrevision keinen Einspruch erhoben haben, weil den Arbeitern dadurch keinerlei Erleichterung gewährt ist. Man weiß es längst: Die Verbilligung der Eisenbahn-Tarife in Preußen scheitert lediglich an dem Widerstand der ost-elbischen Agrarier, die durch diese Erleichterung des Reisens die Arbeitssklaven noch mehr an die Scholle zu fesseln suchen. Es ist aber gut, daß das einmal von berufener Seite mit cynischer Offenheit gesagt wird.

Das ganze Gerede von der herrlichen Socialreform sinkt in nichts zusammen, wenn man an diese eine Thatsache erinnert, daß allen Kreisen der Bevölkerung Reiseerleichterungen gewährt werden dürfen, nur nicht den Proletariern. —

Der Bank-Krach. Der Konkurs über das Vermögen der Kasseler Aktiengesellschaft für Treberproduktion ist eröffnet worden. Generaldirektor Schmidt wird vernicht. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Hermann Sumpf ist verhaftet worden.

Das Vermögen der verhafteten Direktoren der Leipziger Bank ist beschlagnahmt worden.

Der Leipziger Krach zieht weitere Kreise. So ist über die am 10. Juli 1899 gegründete Leipziger Thonwaren-Industrie-Aktiengesellschaft in Leipzig das Konkursverfahren eröffnet worden. —

Die Krise. Ueber den rheinisch-westfälischen Eisenmarkt erteilt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ äußerst pessimistisch. Das Blatt schreibt:

Der Auffassung, den das Geschäft im Frühjahr genommen hatte, hat wieder einer allgemeinen Lustlosigkeit Platz machen müssen und es scheint in der That, als ob diejenigen recht behalten sollten, welche behaupteten, daß nur der sich geltend machende Frühjahrsbedarf das Aufblühen der Nachfrage hervorgerufen habe. Der Bedarf vom Ausland sowohl als auch vom Ausland hat in den letzten Wochen wieder merklich nachgelassen, und es ist eine sich auf nahezu alle Artikel erstreckende Stille zu verspüren; vielfach wird deshalb von einem eminenten Rückschlag gesprochen. Die Beschäftigung, namentlich in Auslandsaufträgen bei den größeren Werken, ist vorläufig noch eine gute und dürfte es auch für die nächsten Wochen bleiben. In manchen industriellen Kreisen hegt man jedoch die Befürchtung, daß die Arbeit nach Erledigung der vorliegenden Orders wieder knapp werden würde und in diesem Jahre eine wesentliche Besserung auch kaum mehr zu erwarten sei, da der Markt zu sehr zerfahren und das Vertrauen zu tief erschüttert wäre. Die alten teuren Abschlüsse und die großen sichtbaren Vorräte an Rohmaterial drücken immer noch zu stark auf den Markt, während die stetig wiederkehrenden Zwangsverkäufe ebenfalls nicht dazu beitragen, denselben größere Festigkeit zu geben.

Eine polnische Kandidatur. Nachdem das polnische Organ „Praca“ zur Bildung eines polnischen Central-Parlamentes für Rheinland-Westfalen aufgefordert und für die Ersatzwahl im Kreise Duisburg-Mülheim die Parole ausgab: unter keinen Umständen bei der Hauptwahl das Centrum oder den national-liberalen-konserverativen Mischmasch-Kandidaten zu unterstützen, weil die Polen mit ihren 5-6000 Stimmen das Jünglein an der Waage bildeten, fand auch bereits eine polnische Wählerversammlung in Oberhausen statt. Hier ging man besonders dem Centrum schärf zu Leibe. Der Redakteur des „Wiarus Polski“ forderte eine polnische Kandidatur, andernfalls müsse man sich auf jeden Fall der Stimmabgabe enthalten, der Centrumskandidat dürfe unter keinen Umständen unterstützt werden. Ein anwesender Geistlicher versuchte trotzdem für das Centrum Stimmung zu machen, das Centrum sei die einzige Partei, die den Polen helfe. Nur erfolglos aber erst recht heftige Angriffe auf die gelobte Partei. Das Centrum habe unter dem Anschein der Hilfsbereitschaft die Polen absichtlich verraten. Nachher erbitterte Stimmung zu schließen, wird es dem Centrum diesmal nicht gelingen, wie 1898 noch, die Polen mit Verursachung auf die gemeinsamen kirchlichen Interessen, vor den politischen Wagen zu spannen. —

Die Chinaschen. Unsere Soldaten wollen durchaus nicht mehr nach China. So wird aus Groß-Moyenre berichtet: Zwei China-Gewilligte, die der Einberufung keine Folge leisteten, wurden unter sicherer Bedeckung vor die Militärbehörde gebracht.

Unsere Soldaten haben in China aber auch nichts zu suchen. —

Diktatorisches und Elend-Lothringen. Aus Straßburg wird uns geschrieben: Die Strapasslosigkeit, mit der man hier zu Lande den wenigen klaglichen Reden der politisch aufgellärten Arbeiterschaft seitens der Polizeibehörden an den Atragen geht, muß nachgerade selbst denjenigen in Erstaunen setzen, der die Verwunderung über die Thaten des Systems der Diktatur längst aus der Lüste seiner Empfindungen gestrichen hat. Als letztes

Eine Geschichte Transvaals.

Der im Verlauf des südafrikanischen Kriegs wiederholt genannte Dr. W. Ballentin, Stabskapitän der Boerenarmee, hat soeben eine dreibändige „Geschichte der Südafrikanischen Republik Transvaal“ erscheinen lassen. Das Werk ist bereits vor dem Ausbruch des Krieges verfaßt und sein Erscheinen nur durch einen Unfall verzögert worden; durch die inzwischen eingetretenen politischen Ereignisse in Südafrika hat es natürlich außerordentlich an Interesse gewonnen.

Dr. Ballentin war fünf Jahre lang Beamter der südafrikanischen Republik. Auf seinen Aufträgen anlässlich der ersten topographischen und geologischen Landesaufnahme lernte er aus eigener Anschauung die verschiedenen Teile des Landes kennen, ein Umstand, der besonders dem geographischen und ethnographischen Teil seines Werkes zu gute kam. Die Kapitel über Fauna und Flora sowie die sanitären Verhältnisse stammen aus der Feder der Herren Dr. Freyer und Dr. Reinhard. Neben der politischen Geschichte hat auch die Wirtschaftsgeschichte des Landes die gebührende Berücksichtigung gefunden. Trotzdem die Sympathien des Verfassers auf der Seite der Boeren stehen, ist derselbe doch bemüht, die Objektivität seiner Beurteilung der geschichtlichen Vorgänge durch seine Aburteilung gegen England nicht allzusehr trüben zu lassen.

Bei der ungenügenden Anteilnahme, mit der auch die deutsche Arbeiterschaft trotz der langen Dauer des Krieges den heldenmühtigen Freiheitskampf des Boerenvolkes verfolgt, werden einige dem Werk entnommene Daten jedenfalls willkommen sein.

Man erinnert sich, daß zu Anfang des Krieges die Stärke der Boeren vielfach auf 60000, wohl gar 80000 Mann angegeben wurde. Die Boeren selbst trugen wahrscheinlich zur Verbreitung derartig übertriebener Angaben bei, von denen sie anmahnen, daß sie sie doppelt fürchtbar erscheinen lassen und England womöglich von der Fortsetzung des Krieges abschrecken würden. Als dann die Wendung des Krieges eintrat, wurde gerade von Boerenseite innerlich von neuem betont, daß die Stärke der Boerenarmee niemals viel über 40000 Mann betragen habe. Dafür, daß diese letztere Angabe tatsächlich der Wahrheit entspricht, sprechen die Angaben über die Bevölkerungsziffer Transvaals. Im Anfang des Jahres 1899 wurden nämlich in Transvaal nur

Ausnahmismittel nach dem Verbot aller öffentlichen Versammlungen durch die Polizeigewalt war unsrer reichsländischen Parteigenossen die sogenannte reunion privée, die Privatversammlung, geblieben, eine Eigenart der französisch-rechtlichen Versammlungs-gesetzgebung. Diese Besammlungen von Bürgern der behördlichen Anmeldepflicht und Ueberwachung entzieht, wenn zu derselben an alle Anwesenden schriftliche, auf den Namen lautende und mit der Unterschrift des Einberufers versehene Einladungen ergangen sind. Unsere Parteigenossen im Reichslande machen von dieser Vergünstigung des Gesetzes seit Jahren schon in ausgedehnter Weise Gebrauch, ohne daß die Behörde bisher den Versuch gemacht hätte, sie daran zu hindern; sie pflegte sich vielmehr jeweils mit der Feststellung der Erfüllung aller gesetzlichen Formalitäten zu begnügen. Zum erstenmal schritt am verflohenen Sonntagabend die Behörde in Straßburg dazu, eine derartige Veranstaltung der socialdemokratischen Partei mit Gewalt zu unterdrücken. Bereits vor dem Eintreffen der ersten Teilnehmer war das Versammlungslokal von Polizeibeamten besetzt, die auf die Aufforderung des Einberufers, das Lokal zu verlassen, antworteten, sie seien vom Polizeipräsidenten mit der Unterdrückung der Versammlung beauftragt. Jede Mitteilung der Versammlungsleiter an die Erschienenen wurde untersagt, und die Versammlung schließlich, allen Protesten des Einberufers zum Trost, der die Beamten ausdrücklich auf das Ungeheuerliche ihres Vorgehens hinwies, von dem inzwischen stark vermehrten und durch Gendarmen verstärkten Polizei-Aufgebot mit Gewalt zum Auseinandergehen gezwungen. Als die Teilnehmer sich darauf in die übrigen Räume der Wirtschaft begaben, um den Versäger für den Ausfall einigermassen schadlos zu halten, gebot die Polizei dort alsbald Feierabend, obgleich eine sog. Polizeistunde in Straßburg gar nicht existiert. Gegen dies Vorgehen der Beamten wird seitens der Betroffenen an zuständiger Stelle natürlich Beschwerde erhoben werden.

Nebenbei sei erwähnt, daß während die Straßburger Polizeigewalt in der erwähnten Weise ihre staatsbreiterische Thätigkeit entfaltete, in nächster Nähe des Versammlungslokales ein Wauersmann von zwei Stroßchen überfallen, niedergeschlagen und beraubt wurde, ohne daß auf seine Hilferufe sich auch nur eine einzige Polizeihand gerührt hätte. —

Eine neue Kolonialerwerbung in Sicht.

Wie die „Kolon. Zeitschr.“ mitteilt, hat sich kürzlich in Deutschland ein „Fernando-Poo-Komitee“ gebildet, das die Erwerbung der jetzt in spanischem Besitz befindlichen Insel Fernando Poo betreiben soll. Da das Blatt die weiteren meldet, daß Spanien der deutschen Regierung das Vorkaufrecht der Insel eingeräumt hat, hat sich das Komitee jedenfalls die Aufgabe gestellt, die deutsche Regierung zum Ankauf der Insel zu veranlassen.

Fernando Poo, im Golf von Guinea gelegen, ist 1008 Quadratmeter groß, von vulkanischer Bildung — der Kraterberg Clarence-Pil ist 2500 Meter hoch — und soll zum Teil sehr fruchtbaren Boden, aber auch ein geradezu mörderisches Klima besitzen. Die Mitteltemperatur beträgt selbst im kältesten Monat, dem September, 23,6 Grad Celsius. Die 25000 Köpfe zählende Bevölkerung besteht aus bedürfnislosen schmutzigen Negern und Negermischlingen, die Zahl der Europäer ist nur eine winzige, der Handel ist demgemäß bis jetzt ein minimaler geblieben. Wie wertlos die Insel ist, beweist die Thatsache, daß sie 1827 von den Engländern den Spaniern abgenommen, achtzehn Jahre später jedoch von England Spanien wieder zurückgegeben worden ist.

Der deutschen Regierung, die im Erwerben von Kolonien ja stets einen besonders glücklichen Instinkt bewiesen hat, wird nun angenommen, Spanien jetzt auch dieses wertvolle Stückchen Land abzulassen. Spanien, dem die 25 Millionen Pesetas (17 Mill. Mark) für die Karolinen-, Palaos- und Marianen-Inseln für seinen leeren Staatskassell sehr willkommen wären, wird natürlich mit Vergnügen ein neues Handelsgeschäft abschließen. Nun so weniger werden natürlich die deutschen Steuerzahler von der neuen Kolonialerwerbung erbaudt sein, die nicht den mindesten Wert hat, den Weltmacht-Politikern aber nichtsdestoweniger als ein Glied der die Erde umspannenden Kette von Sonnenplätzen und Kohlenstationen willkommen ist. —

Im Militäraref. Unser Dresdener Partei-Organ berichtet: Am 13. Juni wurde der Soldat Hagedorn in die hiesige Arrest-Gefangenen-Anstalt auf der Königsbrüderstraße eingeliefert, um eines geringfügigen Vergehens wegen eine kurze Freiheitsstrafe zu verbüßen. Vor der Einlieferung waren ihm die Instruktionen verlesen worden, wie er sich während des Arrestes zu verhalten habe. So durfte sich H. während der längsten Zeit des Tags in seiner Zelle weder sehen, legen, noch an die Wand lehnen und andres mehr. Eines Morgens kam nun der Unteroffizier Ernst Hermann Menzel von der ersten Compagnie

des 13. Infanterie-Regiments Nr. 178 zu Kamenz, der draußon zum Tagesdienst befohlen war, plötzlich zur Zellenthür hinein, ohne daß der Arrestant — so beschaupiet der Unteroffizier wenigstens — am Fenster die vorchriftsmäßige militärische Haltung einnahm. Darüber geriet Menzel in Wut, er sah die den andern an der Brust und rief ihm in drohendem Tone zu: „Du Saunauge, fader' Dich auf Deinen Platz!“ Als Hagedorn sich dem auch anschickte, diesem Befehle nachzukommen, erhielt er von dem Unteroffizier mit einem Weisenskiel einen Schlag an den Oberarm. Vor dem Militärgericht, wo er sich verantworten mußte, leugnete Menzel jede Schuld, wurde jedoch durch die Beweisaufnahme überführt. Die Richter nahmen aber an, daß nicht Soldateneihaftigkeit, sondern nur „vorschriftswidrige Behandlung eines Untergebenen“ und Beleidigung vorliege, betrachteten den Fall als äußerst milde und hielten eine Woche mittleren Arrest für eine entsprechende Strafe. —

Mit Gott für Geschäft und Flotte.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ ist in der Lage, folgendes famose Cirkular veröffentlicht zu können:

Rational-Annoncen-Expedition

„Mit Volldampf voran!“

zur Förderung der Bestrebungen des Deutschen

Flottenvereins

gegründet 1901 in Braunschweig.

Unter Aufsicht des Gesamt-Ausschusses des Deutschen Flottenvereins.

Unter obiger Firma soll auf Anregung einiger Mitglieder des Deutschen Flottenvereins zum 1. Oktober d. J. ein Privatunternehmen ins Leben gerufen werden, aus welchem dem Deutschen Flottenverein eine dauernde, von Jahr zu Jahr sich vergrößernde Einnahmequelle erschlossen werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, übernimmt die genannte Expedition die Verpflichtung, von sämtlichen ihr zugehenden Inserationsaufträgen eine Anlagensprovision von 5 Proz. oder 50 Proz. des sich ergebenden Reingewinns jährlich an den Deutschen Flottenverein abzuführen.

Die Expedition ist verpflichtet, sämtliche ihr zugehenden Inserationsaufträge zur Originalpreisen zu berechnen, unter Verwahrung der üblichen Rabattsätze; sie ist ferner verpflichtet, nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres Bilanz zu ziehen, diese durch einen vereidigten Bücherrevisor prüfen zu lassen und die Abrechnung in beglaubigter Form nebst dem resultierenden Betrage der Anlagensprovision dem Präsidium des Flottenvereins einzuliefern.

Da voraussichtlich das Interesse für das Unternehmen ein ungemein großes sein dürfte, werden sich in Anbetracht des patriotischen Zweckes nicht nur Handel- und Gewerbetreibende, sondern namentlich auch Großindustrielle, Schiffbau-Gesellschaften, Reedereien sowie Geschäftsteile, die infolge Lieferungen für die Marine mit dieser in enger Verbindung stehen, sich veranlaßt fühlen, ihre geschäftlichen Aufkündigungen fernerhin der Rational-Annoncen-Expedition „Mit Volldampf voran!“ zuzuwenden, zumal ihnen hierdurch nicht die geringsten Nachteile entstehen und sie indirekt das Unternehmen, resp. die Bestrebungen des Deutschen Flottenvereins, unterstützen. Daß die staatlichen und städtischen Behörden dem Unternehmen nicht nur gebührende Aufmerksamkeit zuwenden, sondern denselben thätigste Unterstützung angedeihen lassen werden, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen.

Auch seitens Privater wird man sich der Expedition gern bedienen, denn wie groß das Interesse für die Entwicklung unserer Marine im deutschen Volke ist, darüber giebt das „Handbuch der Organisation des Deutschen Flottenvereins“ wohl die beste Auskunft und hebt wir aus demselben besonders hervor, daß die Zahl der Einzelmitglieder des Deutschen Flottenvereins am 15. August v. J. eine Viertelmillion betrug und bei andauerndem Reuanmeldungen inzwischen diese Höhe um ein Beträchtliches überschritten haben dürfte. Die körperlich kräftigen Mitglieder umfassen in 824 Vereinen und 10 größeren Verbänden 350000 Personen, so daß die Gesamt-Mitgliederzahl gegenwärtig 600000 beträgt. Das Organisationsverzeichnis giebt des weiteren Rechenschaft darüber, daß, abgesehen von den Hauptgeschäftsstellen in den einzelnen Provinzen und Kreisen, über 1200 Ausschüsse, kleine oder größere Bezirke umfassen, über das ganze Reich ausgebreitet sind. Es wird sich in nicht zu langer Zeit das Bedürfnis herausstellen, in den größeren Städten Nord- und Süddeutschlands Zweigvereine zu eröffnen. Geeignete Personen, welche sich um die Übernahme einer derartigen Filiale bewerben, haben außer den hohen angegebenen Verpflichtungen für die Führung der obigen Firma noch eine einmalige besondere Steuer an den Deutschen Flottenverein abzuführen und zwar beträgt dieselbe der Einwohnerzahl jeder Stadt entsprechend von 100 M. aufsteigend bis 5000 M. In jeder Stadt ist natürlich nur eine derartige Expedition zulässig.

Ueber die Verwendung aller dem Deutschen Flottenverein durch das projektierte Unternehmen zugeführten Beträge, die im Laufe der Jahre eine vielleicht kaum erwartete Höhe erreichen dürften, verfügt das Präsidium nach seinem Ermessen.

Alle für den Geschäftsbetrieb der Centrale sowie für die Filialen benötigten Formulare und sonstigen Drucksachen erhalten

Der Gesamtverlust dieses Feldzugs betrug also für die Engländer 233 Tote und 333 Verwundete, für die Boeren 24 Tote und 39 Verwundete.

Wie der damalige Krieg hat auch der gegenwärtige die geradezu erstaunliche Ueberlegenheit des einzelnen Boeren über den einzelnen britischen Soldaten bewiesen. Gätte die Führung und die Disciplin der Boeren mit ihrer Geschäftstüchtigkeit auf gleicher Stufe gestanden, so befände sich jetzt schwerlich noch ein englischer Soldat auf dem Boden der beiden Republiken.

Aber der Boer ist, so glänzend sich an ihm auch die Ueberlegenheit des wirklich waffengestübten, individuell handelnden Mannes über den künstlich zurechtgeputzten, zur Marionette degenerierten Drill-soldaten demonstrieren läßt, keineswegs ein vollkommenes Ideal kriegerischer Tugenden. Seiner Selbständigkeit im Kleinen fehlt das Gegengewicht der Unterordnung unter den leitenden Willen des Führers. Seine Gefechtsfähigkeit und all-bisittige Tapferkeit wird unweilen völlig aufgegeben durch disciplinwidrige Störigkeit, durch kleinmühtige Verzögerung in widrigen Umständen. Nicht erst der gegenwärtige Boerenkrieg lieferte die Beweise für diese minder sympathischen Tugenden des Boerencharakters. Schon Präsident Burgers lernte dieselben 1876 im Kriege gegen den Vaal-Ghuppling Sekukuni kennen. Als das von ihm geführte Boerenheer seine ersten Erfolge erlangen konnte und der Feldzug sich in die Länge zu ziehen begann, brach in den Reihen der Boeren allgemeine Unzufriedenheit aus. „Viele dauerte die Sache schon zu lange, denn mit jedem Tage setzten sie ja ihr Eigentum, ihre Pferde, Wagen und Oasen aufs Spiel.“ Dem Befehl Burgers, die festeste Stellung zu jüttern, wurde nur zum Schein gehorcht. Und daß dieser Sturm, wie natürlich, resultatlos verlief, demokratisierte das Heer derart, daß man die Wagen anspannte und allen Vorschriften des Oberst-Commandierenden zum Trost abgob.

Vermehrt sie übrigens, daß sich Präsident Burgers durch seine liberalen Ideen und Bestrebungen bei den konservativen Boeren unbeliebt gemacht hatte. Er plante die Durchführung eines musterhaften Schulwesens, ja er trug sich sogar mit der Absicht, die Schule vollständig von der Kirche zu trennen, was bei seinen orthodoxen beschränkten Landsleuten mächtigen Aufstoß erregte. Galt die selbständige Führung der Boeren doch sogar so weit, die Verantwortlichkeit für den „Ersten Soldat“ u. a. auch von dem Vorkenntnis der protestantischen Religion abhängig zu machen.

Es ist freilich nicht zu erwarten, daß der Boer, dieser primitive Jäger und Viehhüter, einen Idealtyp verkörpern sollte, sei es als

288 750 weiße Einwohner gezählt, 166 400 männlichen und 122 350 weiblichen Geschlechts. Ein großer Teil der männlichen Bevölkerung bestand außerdem aus Ausländern. Genauere Angaben über die Zahl der Ausländer macht der Verfasser nicht, doch kann man sich ungefähr den Prozentsatz als Ausländer anrechnen, wenn man bedenkt, daß 1890 Transvaal erst 119 128 weiße Einwohner, also noch nicht halb so viele wie 1899, zählte.

Nach den für das Jahr 1899 angestellten Ermittlungen betrug die gesamte waffenfähige Bevölkerung Transvaals 29 279 Mann, und zwar:

15 696 von 18-34 Jahren

9 050 „ 34-50

4 533 unter 18 und über 50 Jahre.

Da der Oranje-Freistaat nur ca. 100 000 weiße Einwohner zählt, so ergibt sich, daß die Zahl der Boeren truppen, ausschließlich mehrerer Tausend Ausländer, im allergrößten Falle 50 000 Mann betragen haben kann, wiewohl es wahrscheinlicher ist, daß die Zahl der wirklich im Felde Stehenden zu keiner Zeit mehr als 30-40 000 betragen hat. Man sieht, gegen welche ungeheure Uebermacht die Boeren zu kämpfen hatten. Selbst die Ueberlegenheit im Gebrauch der Feuerwaffe würde den Boeren freilich ihren so hartnäckigen Widerstand nicht ermöglicht haben, wenn ihnen nicht die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes und die der Verproviantierung größerer Heeresmassen so ungenügende Schwierigkeiten bereitende geringe Bevölkerungsziffer zu Hatten gekommen wäre. Wie dünn die Bevölkerung Transvaals ist, beweisen folgende Zahlen. Während in Sachsen auf den Quadratkilometer 233, in Preußen 86 und selbst in Norwegen und Finnland noch 6 Einwohner entsallen, kommen in Transvaal auf den Quadratkilometer nur 3 Einwohner, Weiße und Schwarze zusammen gerechnet, oder 8-9 Weiße auf 10 Quadratkilometer.

Vekanntlich zeichnen sich die englischen Verlustangaben durch erstaunliche Unrichtigkeiten aus. In demselben Maße, wie man die eigenen Verluste reduziert, übertreibt man die Boerenverluste. Man hat ja angegeben, daß nach den englischen Verlustziffern jeder Boer bereits zweimal gefallen, verwundet oder gefangen sein mußte. Die Verlustziffern des Krieges von 1881 geben vielleicht einigen Anhalt, wie sich in den meisten Fällen das wirkliche Verlustverhältnis der beiden Gegner stellen mag. So verloren 1881 in den Gefechten bei

	die Engländer	die Boeren
Tronkhorspruit 86 Tote, 83 Verw.,	2 Tote, 4 Verw.	
Laingsned „ 83 „ 111 „	14 „ 29 „	
am Majubaberge 66 „ 139 „	8 „ 6 „	

*) Dr. W. Ballentin, Die Geschichte der Südafrikanischen Republik 3 Bände. Berlin 1901. Verlag von Hermann Walther.

eine einheitliche Ausstattung, sie werden geschmückt durch eine entsprechende Kopfleiste, die von einem unserer bedeutendsten Marine-maler entworfen werden wird. Die Pläne erhalten diese Druck-sachen von der Centrale zum Selbstkostenpreise.

Die Rational-Annoncen-Expedition „Mit Vollmacht voraus“ steht unter Aufsicht des Gesamt-Ausschusses des Deutschen Flottenvereins; letzterer ist berechtigt, jederzeit Einsicht in die Geschäftsbücher der Expedition zu nehmen, resp. kann er hierzu auch die Vorstände der betreffenden Landesauschüsse beauftragen.

Wenn die Rentabilität des Unternehmens zu irgend welchen Zwecken auch keinen Anlaß bietet, so sei hier jedoch ausdrücklich erwähnt, daß dem Deutschen Flottenverein nach seiner Richtung Unkosten erwachsen, selbst wenn die gehegte Hoffnung sich nicht erfüllen und das Unternehmen nicht in der gewünschten Weise ein-schlagen sollte.

Der Flottenverein und die geriebenen Gründer der „National-Annoncen-Expedition“ müssen ein starkes Einnahmebedürfnis empfinden, wenn sie den Woffe, Haasenstein u. Bogler und andern Annoncenhändlern dergestalt im Dienste der Wasserpolitik und des eignen Geldbeutels ins Handwerk pfeifen wollen.

Die Panzerplattenfabrikanten müssen ihre Sache in guten Händen wissen und kauerig geworden sein, daß der Deutsche Flottenverein sich dazu befehlen will, sich jetzt anderweitig mit einigen, zwar nicht minder spekulativen, aber weniger illustren Kapitalisten zu associieren. Ob mit dem Geschäft der erkochte Reddack zu machen ist, ist noch fraglich, jedenfalls aber glaubt der Flottenverein trotz der gewaltigen Flottenbewilligungen des vorigen Jahres noch eine große Mission erfüllen zu müssen. Durch die neue unverblühte Verquickung von Geschäft und Patriotismus wird die vom Flotten-verein verzapfte Flottenbegeisterung doppelt kritische Aufnahme finden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Zu sechs Monaten Gefängnis wurde der bisher unbestrafte Graveur Max Eycham in Kassel verurteilt, weil er durch Aushangungen über das Bremer Attentat und die Alexandriner-Rede des Kaisers eine Majestätsbeleidigung begangen haben soll. —

Ausland.

Der thönerne Marinestolz.

Die gestrige Unterhans-Debatte über das englische Mittelmeer-Geschwader hat die Beforgnisse über den Zustand der englischen Flotte nicht zu beschwichtigen vermocht. Schon längst munkelte man, daß in der englischen Flottenliste nicht alles so bestellt sei, wie es sein müßte. Der Zahl der Schiffe sollte die Qualität derselben keineswegs entsprechen. Viele der Schiffe sollten ein wahrhaft ehrwürdiges Alter, eine längst überholte Konstruktion, ungenügende Panzerung, eine veraltete Armierung besitzen, mit einem Wort, längst nicht mehr modernen Ansprüchen genügen und infolgedessen von nur sehr zweifelhaftem Kriegswert sein. Und selbst das wichtigste Geschwader, das Mittelmeer-Geschwader, sollte sich in einem verärgert traurigen Zustand befinden. Mehrere der Fahrzeuge desselben, so hoch es, gehörten einer längst verlassenen Dekade an. Auf sechs Schlachtschiffen gelangten noch schwarzes Pulver und Granaten zur Verwendung. Auch fehle es an Torpedobooten und sonstigen Hilfschiffen, nicht zuletzt auch an der nötigen Besatzung.

Auf diesen Zustand des Mittelmeer-Geschwaders war durch einen in der „Daily Mail“ mitgeteilten Brief des Zweitkommandierenden des Geschwaders, des Admirals Lord Dersford, die Aufmerksamkeit gelenkt worden, so daß bei der gestrigen Beratung des Budgets der Admiralität die Regierung über die sensationellen Mitteilungen des Admirals interpelliert wurde, die darin gipfelten, daß es sich in erster Linie trotz des Boerenkriegs nicht so sehr um eine Reorganisation der Land-armee als vielmehr der Marine handeln müsse.

Die Regierung vermochte in ihren bereits gestern im Depeschen-teile wiedergegebenen Erklärungen die gewünschte Beruhigung nicht zu geben, sie konnte nur versichern, daß die Admiralität sich ihrer Pflicht voll bewußt sei und für die Verstärkung des Mittelmeer-Geschwaders nach der Indienststellung neuer Schlachtschiffe nach Kräften sorgen werde. Die Debatte hat auch bereits den Erfolg gehabt, daß, wie „Daily Telegraph“ aus Portsmouth meldet, sofort drei Kreuzer und zwei Torpedoboots zur Verstärkung des Mittelmeer-Geschwaders abgeordnet werden sollen. Eine weitere Meldung besagt: Sämtliche Blätter kommentieren die gestrige Unterhans-Debatte über die englische Mittelmeerflotte. „Daily Mail“ konstatiert, daß alle Anschuldigungen der Abgeordneten von Foster und die Auflagen des Blattes selbst als richtig anerkannt worden sind. — „Daily Express“ ist der Ansicht, daß die Debatten nicht von großem Nutzen waren, daß sie jedoch den Beweis erbracht haben, daß viele ministerielle Depar-teaments, und besonders dasjenige der Marine, sehr mangelhaft organisiert sind. Das Blatt weist darauf hin, daß England sich noch immer des schwarzen Pulvers statt des rauchlosen bediene.

Soldat, sei es als Politiker. Es darf uns daher nicht wundern, daß die Boeren keineswegs immer ein so erhabendes Bild einmütigen Zusammenhaltens geboten haben, wie im gegenwärtigen Kriege. Gelegenheits spielen bei ihnen Eifersüchteleien aller Art eine verhängnisvolle Rolle, ja um die Mitte des verfloffenen Jahrhunderts kam es sogar zwischen den Transvaalboeren zu einem veritablen Bürgerkrieg.

Als nach der Annexion des Oranjestaats durch England im Jahre 1847 wieder große Boerentrends über den Ooal erfolgten und die Befriedelung des heutigen Transvaalgebiets begann, schlossen sich die Ausgewanderten keineswegs zu einem einheitlichen Staatswesen zusammen, vielmehr gründeten sie statt einer Republik deren vier: Potchefstroom, Zoutpansberg, Lydenburg und Utrecht, jede mit ihrem besonderen Volkstum und Oberhaupt. Erst 1860 kam es nach ver-schiedenen mißlungenen Einigungsversuchen zur Konstituierung einer einheitlichen Republik. Nichtdeftoweniger kam es einige Jahre später zum Bürgerkrieg. Der Präsident von Transvaal, Martinus Wessel Pretorius, hatte es während einer Urlaubsdauer aus dem Oranje-Freistaat, der 1852 wieder seine Un-abhängigkeit erlangt hatte, durchgesetzt, daß der Präsident des Freistaats zurücktrat, und er, Pretorius, zum Präsidenten gewählt wurde. Ein starke Partei in Transvaal wollte jedoch von dieser präsidialen Personalunion nichts wissen und die Ge-müter erhitzen sich derart, daß man von Worten zu Thaten überging. Pretoria und Potchefstroom wurden abwechselnd von den Parteien belagert und erstickt, bis es 1864 am Kolobidistrom zu einem endgültigen Treffen kam. Der Friede wurde wiederhergestellt, aber Pretorius mußte von seiner Präsidentschaft über den Oranje-freistaat zurücktreten.

Dr. Wallentin findet bei der Darstellung dieser Ereignisse heftige Worte für die „gedankenlose“, nach „Krähwinkelart kleinliche“ Masse, die sich unfähig bewiesen habe, dem Gedankens-treuge ihres Mannes und weislichen Präsidenten zu folgen. So, an mehreren andern Stellen urteilt der Verfasser überhaupt geringschätzig über das politische Verständnis der großen Masse. In solch allgemeinen Urteilen über das Wesen der Demokratie bietet unsers Erachtens aber die Geschichte der Boerenstaaten wenig Anlaß. Oder kann man von den Boeren, die in kleinen Weiler oder einzelnen Gehöften weit übers Land zerstreut wohnten, die in ihrer über-großen Mehrzahl jeder Bildung ermangelten und von Politik nichts verstanden, verlangen, wenn sie engherzige Familien- und Kirchtumsinteressen auch im öffentlichen Leben vertraten? Eine ver-nünftige Demokratie legt naturgemäß ein ziemlich hohes allgemeines

Die Affäre ist auch für die kontinentalen Weltmächtschwärmer und Wasserpolitiker sehr lehrreich. Wenn England es trotz seiner enormen Reichthümer und der für die Marine veranschlagten Un-summen nicht fertig gebracht hat, seine Flottenliste in einem wirklich brauchbaren Zustande zu erhalten, so wird das einem Staate wie Deutschland, der zugleich auf dem Gebiete des Landmilitarismus die Konkurrenz mit den benachbarten Militärmächten ersten Ranges anzuhalten hat, erst recht nicht gelingen. Eng-land, dem jetzt von seinen imperialistischen Staatsmännern an-gesonnen wird, seine Landarmee im Stile des kontinentalen Militarismus zu reorganisieren, wird gleichzeitig von seinen Admi-ralen bestärkt, erst einmal neue dringlichste Meeresaufwendungen für seine reorganisationsbedürftige Flotte zu machen. Als ob es für das aus seinem Industrie- und Seehandelsmonopol verdrängte Großbritannien eine Lappalie wäre, einige weitere Milliarden auf-zubringen, in einem Augenblick, wo ihm das unglückselige Kriegs-abenteuer in Südafrika bereits 3 Milliarden gekostet hat. Die welt-politischen Kalamitäten Englands sollten vor jeder dilettantischen Nach-äffung der englischen Weltpolitik abschrecken! —

Oestreich-Ungarn.

Brinn, 4. Juli. Der Landesvoranschlag wird in dritter Lesung angenommen. Im Laufe der Beratung wendet Stranßky sich gegen die gestrigen Ausführungen Elberts und erklärt, die Czechen be-harren auf dem Voden des Staatsrechts; er werde nie die deutsche Sprache als Staatssprache zulassen. Die währische Frage müsse gerecht gelöst werden. Zug bezeichnet die Ausführungen Stranßky als eine Herausforderung der Tschechen und tritt für die deutsche Sprache als Vermittlungssprache ein. Die Deutschen würden es bedauern, wenn es nicht zum Frieden käme. —

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Gestern abend sollte in der Arbeitshölle eine Versammlung des Arbeiterbildungsvereins stattfinden, in welcher die nach London entsandten Delegierten Rechenschaft über ihre Reise ablegen sollten. Aus diesem Anlaß war das Versammlungsortal mit Fahnen geschmückt. Die Polizei verlangte die Entfernung der Fahnen, was jedoch von den Organisatoren verweigert wurde, worauf die Polizei eine förmliche Belage-rung des Hauses vornahm. Sämtliche Thüren wurden gesperrt. Schließlich gelang es der Polizei, die Fahnen zu entfernen. In der hierauf stattfindenden Ver-sammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, worin das Vor-gehen der Polizei auf das schärfste verurteilt wurde, die Versamm-lung ihrer Absicht, den Krieg zu bekämpfen, Ausdruck gab, alle Arbeiter ihrer Sympathie verweigert, da alle Deutschen, gleichviel ob Ghinesen, Madagassier oder Boeren, Brüder seien und die Arbeiter auffordert, im Falle einer Kriegserklärung sich allgemein zu weigern, die Waffen zu ergreifen. —

England.

Bestochene Offiziere. Die „Volls-Big“ erhält eine Kor-respondenz aus Fiume, die gegen eine Anzahl englischer Offiziere, die im Jahre 1890 die Pferdekontingente für Südafrika in Ungarn zu besorgen hatten, die schwersten Angriffe richtet. In Triest und Fiume sei infolge einer Denunziation auf Betreiben des englischen Kriegsraths wider ungarische Pferdehändler eine Untersuchung wegen Betrugs und Bestechung eingeleitet worden, deren Ergebnis eine Anzahl englischer Offiziere in der schimpflichsten Weise belastete. Dem Blatt wird u. a. geschrieben:

„Von den im Januar bis April 1890 von Fiume nach Aotol und Kapstadt versandten 8000 Pferden kamen nur wenig über 5000 lebend in Aotol und Kapstadt an, welche sich dem Klima und den Stropagen eines südafrikanischen Feldzugs nicht gewachsen zeigten, sondern innerhalb kurzer Zeit in Menge eingingen. Ebenso verhielt es sich mit den Nachschüssen, obwohl diese etwas besseres Material aufwiesen. Die vom Kriegsrath auf Grund geheimer Denunziation eingeleitete Untersuchung hat nun einen Betrag in der Höhe von ca. sechs Millionen Kronen zum Schaden der englischen Einkassente festgesetzt. Die An-lage bezieht sich auf die ankommenden, kontrahierenden und die gelieferten Pferde im Hafen von Fiume abnehmenden Offiziere der Belagerung, die Pferdehändler und Lieferanten aber des Betrugs, weil sie erstens weit weniger Exemplare lieferten, als sie gut gebracht erhielten, und weil sie anstatt des Musterpferdes im Werte von 400 Gulden alle mit Mährungsfehler versehenen Rosse, Blinde, Lahme, Altersschwache, Fohlen, Kraufe in ganzen Ungarlande zusammenbrachten; auch die tauglichsten der gelieferten Ware waren im Durchschnitt noch nicht 160 Gulden pro Kopf wert.“

Da der Untersuchungsbehörde in Fiume die doppelte Durchführung eines Hauptlieferanten in die Hände fiel, näm-lich die Liste der angeblich gelieferten Pferde und diejenige seiner Einkäufe samt dem Verzeichnis seiner „Douceurs“ an die englischen Offiziere, so dürfte wenigstens ein Teil der großartigen Unterschleife und Betrugsereien bewiesen und die Bestrafung der Schuldigen erzielt werden.“ —

Bildungsniveau und namentlich eine Kenntnis des öffentlichen Lebens voraus.

Daß das Bildungsniveau der Boeren im Durchschnitt ein sehr niedriges war, beweist der Zustand des Schulwesens, der noch bis in den Anfang der neunziger Jahre hinein sehr mangel-hafter war. Namentlich die Kinder der zerstreut auf dem Lande wohnenden Boeren wuchsen fast ohne Schulunterricht auf. Zwar reisten wandernde „Schulmeister“ umher, um hier 3, dort vielleicht 6 Monate Unterricht zu erteilen, aber viele diese Lehrer waren selbst nicht im stande, orthographisch zu schreiben oder eine 6-7stellige Zahl ohne Fehler auf Papier zu bringen. Von 538 Lehrern, die am 31. Dezember 1891 an Schulen mit Staatsunterstützung thätig waren, waren nur 105 im Besitze eines Schullehrer-Certifikats. Im Laufe der 90er Jahre hat sich freilich sehr viel gebessert. Die Zahl der Schüler auf den staat-lich unterstützten Schulen — die staatliche Unterstützung betrug das Vierfache der Schulgelder und freiwilligen Beiträge — die 1893 6000 betrug, war 1897 bereits auf 10 777 gestiegen. Das Durch-schnittsalter der Schüler, das 1892 noch 12 Jahre betrug, war 1895 bereits auf 9 Jahre gefallen. Auch die Qualität der Lehrer ist eine wesentlich bessere geworden, besaßen doch 1897 bereits 53 Prozent derselben ein Befähigungszertifikat.

Verhängnisvoll für die Entwicklung Transvaals wurde die Ent-deckung seiner Goldschätze. Die Entwicklung der Goldproduktion erschütterte das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht der bis dahin in sich abgeschlossenen Agrarstaaten, sie ließ industrielle Einclaven und volkreiche Städte inmitten der Wüstenstriche entstehen, sie schenkte Ein- und Ausfuhr zu erstaunender Höhe empor, zer-setzte teilweise die patriarchalischen Staats- und Gesellschaftsformen und stellte der Regierung neue, schwer zu lösende Aufgaben. Die Entwicklung der Goldproduktion zog viele Tausende von Ausländern ins Land, schuf damit also die Litaländerfrage, die dem nach den Gold-minen lästern England den erwünschtesten Grund zur Einmischung in Transvaals innere Verhältnisse gab.

Das gewaltige Anwachsen der weißen Bevölkerung haben wir bereits an anderer Stelle erwähnt. Das Wachsen der Ein- und Ausfuhr illustrieren folgende Zahlen: 1864 betrug die Einfuhr 180 000 Pfd., die Ausfuhr 133 500 Pfd., 1887 betrug die Einfuhr 1 695 000 Pfd., während sie 1897 auf 13 564 000 Pfd. angewachsen war. Dieser Einfuhr von ca. 271 Millionen Mark stand eine Ausfuhr von nur ca. 243 Millionen Mark gegenüber, wovon die Gold-ausfuhr allein 233 Millionen ausmachte. Es besteht also eine passiv Handelsbilanz, die Dr. Wallentin aus verschiedenen Gründen als eine sehr bedauerliche bezeichnet. Zunächst wurde die

China.

Köln a. Rh., 4. Juli. Nach einigen aus China eingelassenen Briefen sind die Stepler Missionare, wie die „Köln. Volksztg.“ er-zählt, nach ihrer Rückkehr von Tjingtau ins Innere in Schantung überall gut aufgenommen worden. Die Ent-schädigungsfrage der Mission sowie der Christen sei überall geregelt; sonst aber schreiben die Missionare allgemein, daß sie dem jetzigen Frieden nicht trauen, derselbe liege wie eine Gewitterwolke über ihnen. Ein Missionar aus Schansi schreibt, daß in Singanfu, wo die Kaiserin gegenwärtig noch weilt, große Kriegs-Vor-beretzungen getroffen werden.

Asien.

Der Philippinenaufstand erloschen? Vice-Admiral Rogers meldet in seinem Berichte, der Zustand auf den Philippinen sei vollständig erloschen und daure nur noch auf der Insel Sula fort. Alle Anstrengungen richten sich nunmehr nach dieser Gegend. —

Amerika.

New York, 4. Juli. Dem Blatte „Tribune“ zufolge erklärte der Staatssekretär für Landwirtschaft, die Vereinigten Staaten würden innerhalb weniger Monate in der Lage sein, alle notwendigen Lebensmittel und Kleiderstoffe im Lande selbst herzustellen und dann vollständig un-aufhängig gegenüber den übrigen Staaten sein. Die nächste Aufgabe werde alldam der Ansbau und die Ausbeutung von Kaffee, Zuder, Gummi zc. in den Kolonien sein. —

Der Boeren-Krieg.

Das Gerücht einer Friedensvermittlung

will nicht verstummen. Und zwar soll Wilhelm II. das Mittelamt zugeordnet sein. Die „Tägliche Rundschau“ läßt sich aus London melden:

„In hiesigen Hofkreisen verlautet, König Eduard habe in den letzten Tagen in lebhaftem Depeschenwechsel mit Kaiser Wilhelm in Kiel gekandelt, ebenso auch die beider-seitigen Auswärtigen Aemter. Es soll sich um eine etwaige Vermittlung in Südafrika handeln.“

Der Wortlaut läßt vermuten, daß König Eduard dabei den ersten Schritt gethan und den deutschen Kaiser um die Friedens-vermittlung angegangen habe. Trifft das Gerücht zu und zeigt sich die deutsche Regierung bereit, England zu einem minder schimpf-lichen Abgang zu verhelfen, so würde das durchaus im Einklange stehen mit der Politik, die Deutschland im schroffen Gegensatz zu seiner Transvaalpolitik im Jahre 1896 seit dem Beginn des südafrikanischen Kriegs befolgt hat und die be-sonders auffallend in Erscheinung trat durch die Weigerung, dem in Frankreich mit der bestechenden französischen Liebenswürdigkeit auf-genommenen Präsidenten Krüger in Berlin einen Empfang zu gewähren. Die seit 1896 so völlig im Gegenteil ungeschlossene neuere Transvaal-Politik der deutschen Regierung würde sich im Falle einer Friedensvermittlung jetzt wenigstens konsequent bleiben: Was dem Ohm Krüger versagt geblieben, würde dem König Eduard gewährt werden, eine schiedsrichterliche Intervention zu Gunsten des Wittekellers!

London, 4. Juli. Aus Richmond wird gemeldet, daß sich ein Boerenkommando in der Umgegend gezeigt und sich nach nörd-licher Richtung begeben habe. Dasselbe ist ein ziemlich be-deutendes zu sein. Englische Truppen sind zu seiner Verfolgung abgegangen.

London, 4. Juli. Die täglich veröffentlichte Liste über die Verluste der Engländer auf dem südafrikanischen Kriegsschauplay umfaßt für gestern acht Tote, neun Verwundete, zwei Vermisste und sechs an Krankheiten Verlorene.

London, 4. Juli. Wie aus Kapstadt telegraphisch wird, ist Cecil Rhodes in Begleitung Dr. Jamesons nach England abgereist.

Johannesburg, 4. Juli. (Meldung des „Australischen Bureau“.) Boeren, welche sich ergeben haben, berichten, Delarey habe sich mit Kemp, der in der Nachbarschaft von Rustenburg stehen soll, vereinigt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter Berlin! Die Nordhäuser Tabakarbeiter stehen noch im Kampf für das Koalitionsrecht und für ihre Existenz. Möge des-halb jeder Klassenbewusste Arbeiter dafür sorgen, daß die Konsum-menten von Nordhäuser Kantabak keine Produkte kaufen, welche aus beplottierten Fabriken stammen. Von den Nordhäuser Fabrikanten haben nur die drei Firmen

Hendeh u. Schumann, Grimm u. Triepel,

Walter u. Sebin

die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Also, wer Nordhäuser Kantabak kauft, hat streng darauf zu achten, daß derselbe nur von einer der bezeichneten Firmen herkommt.

Höhe der Einfuhr hervorgerufen durch den Import von Lebens-mitteln — Getreide, Vieh, Eier, Butter, Thee, Tabak. Jeder im Werte von 30 bis 40 Millionen Mark — die sehr wohl im Inlande produziert werden könnten. Vor allen Dingen fällt aber ins Gewicht, daß die Bergwerke sich im Besitz fremder, meist englischer Kapitalisten befinden, sodas der Ertrag der Goldproduktion, mit Ausnahme der relativ geringfügigen Produktionssteuer, nicht dem Lande zu Gute kämen. Da die Boeren nicht im Bergwerk arbeiten, fällt ihnen nicht einmal der auf die Arbeitslöhne entfallende Teil der Betriebskosten zu. Nur dann würde Transvaal einen Teil des Goldstromes in das eigene Land leiten können, wenn seine Landwirtschaft und sein Plantagenbau die für die Bevölkerung notwendigen Bedürfnisse mit eigenen Produkten befriedigen könnte. Bisher sei lediglich in Gestalt der Staatsabgabe ein kleiner Bruchteil der Gold-produktion Transvaal zugeflossen. Während im Jahrzehnt 1888 bis 1898 die Goldproduktion einen Ertrag von rund 1417 Millionen Mark geliefert habe, habe die Staatsabgabe in diesem Zeitraum rund 60 Millionen Mark betragen. —

Man hat den Eroberungskrieg Englands damit entschuldigen wollen, daß England gegenüber Transvaal die höhere Kultur, den wirtschaftlichen Fortschritt vertrete. Sicherlich standen die Boeren in Bezug auf ihre Wirtschaftsweise und ihren Bildungsgrad auf keiner sonderlich hohen Kulturstufe. Aber ebenso sicher ist, daß mit der Entdeckung und Ausbeutung der Goldminen der Kapitalismus und Industrialismus ihren Einzug in Transvaal angetreten hätten, der trotz alles Sperrens der Boeren ein Siegeszug werden mußte. Transvaal hätte auf die Dauer die erforderlichen wirtschaft-lichen und politischen Konzessionen nicht verweigern können; die höhere Wirtschaftsform und Kultur würde sich auch ohne die brutale Gewaltsbeldienste Englands durchgesetzt haben. Ein Viehzüchtervolk kann natürlich nicht von heute auf morgen in eine ganz neue Haut schlüpfen. Daß man aber ernstlich bemüht war, sich den Zeit-anforderungen anzupassen, beweist z. B. der Eifer, mit dem man die Ver-besserung des Schulwesens betrieb. Die politische Rechtschaffenheit wurde von dem nichtenglischen Teil der Litaländer so wenig empfunden, daß derselbe zahlreiche Freiwilligenkorps für den Unabhängigkeits-kampf organisierte. Uebrigens hatte sich auch Transvaal am 19. August 1899 bereit erklärt, die Siege im Volkssturm zu verneinen und die Bestimmungen für Erlangung des Bürgerrechts wesentlich zu erleichtern. Die instinktive Sympathie für die Opfer des britischen Imperialismus hält auch kritische Erwägungen stand.

In welchen Berliner Geschäften boshaltfreier Kautabak auch für Wiederverkäufer zu haben ist, ist bereits in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Ende des Ausstandes der Barbiergehilfen. Die ausständigen Barbiergehilfen waren am Mittwoch in ihrer Centrale bei Bauer, Rosenhagenstraße, vollständig erschienen, um über die Frage der Beendigung des bereits sechs Wochen währenden ersten Berliner Barbierausstandes zu beraten. Nach dem erstatteten Bericht der Ausständigenkommission hat gerade noch in letzter Zeit eine große Anzahl von Meistern familiäre Forderungen der organisierten Gehilfenchaft, wie sie vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts vertraglich festgelegt worden sind, im vollen Umfang unter schriftlich anerkannt, so daß jetzt bereits über siebenhundert Barbiergehäfen den neuen Lohnstarif zahlen, das heißt mehr als die Hälfte der Berliner Meister, soweit sie Gehilfen beschäftigen. Die Vororte sind nicht inbegriffen. Unter den „Bevollmächtigten“ befinden sich auch dreihundert Innungsmeister. Die Innungen als solche, die Wohlthätigkeitsvereine wie die „Alteutsche“, konnten bisher zu keinen entgegenkommenden Schritten veranlaßt werden, so daß vorläufig von Verhandlungen der Innungen vor dem Einigungsamt abgesehen werden mußte. Angesichts des großen Umfangs der Bevollmächtigten konnte der weitestgehende Teil der Ausständigen zu den geforderten Bedingungen die Arbeit aufnehmen, so daß die Zahl der noch Streikenden nur etwa dreißig beträgt. Aus diesen Gründen empfahl die Streikkommission die Beendigung des Streiks und Verschärfung des Wohlstands der „nicht-bevollmächtigten“ Meister unter Zuhilfenahme der Gehilfenkontrollanten. Nach lebhafter Aussprache nahmen die Bevollmächtigten den Kommissionsantrag einstimmig an. Dieser Beschluß wird noch der Generalversammlung des Verbands zur formalen Bestätigung unterbreitet. Ausständige, die keine Beschäftigung finden, werden unterstützt. Vereis gestern sind keine fliegenden Barbierstudien in Betrieb gesetzt worden.

Den vorstehenden Bericht haben wir der hiesigen „Volkstz.“ entnommen. Die Lohnkommission der Barbiergehilfen wußte unter Mediationsbureau während des Streiks stets zu finden, wenn es galt, ihre Klagen und fliegenden Barbierstudien im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Dagegen hat die Kommission weder von dem Staatsfinden noch von dem Verlauf der obigen Verhandlung auch nur ein Sternchenwort mitgeteilt. Wenn man erwägt, daß die streikenden Barbier die gesamte Berliner Arbeiterchaft zur Unterstützung ihres Lohnkampfes aufriefen und diese Unterstützung auch erhielten, so ist die jetzt beliebte Nichtbeachtung des Organs der Berliner Arbeiterchaft gerade kein günstiges Zeugnis für das Taktgefühl der Lohnkommission der Barbiergehilfen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltungssitzung findet heute Freitag nicht statt.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Glasarbeiter in Nürnberg. Einem von der Generalversammlung des Deutschen Glasarbeiter-Verbands angenommenen Entschluß zufolge ist den einzelnen Verbandsfilialen die Frage zur Abstimmung vorgelegt worden, ob die Flaschenmacher willens sind, zu Gunsten ihrer kämpfenden Nürnberger Kollegen in den Generalstreik über ganz Deutschland einzutreten. Die Bestimmungen haben anfangs dieser Woche stattgefunden. Soweit uns bis jetzt bekannt geworden ist, haben sich in drei Filialen große Mehrheiten für den Generalstreik erklärt. Die Mitgliederzahl dieser drei Filialen stellt aber noch nicht ein Viertel der gesamten Verbandsmitglieder dar.

Der Breslauer Bäckerstreik dauert unverändert fort. Die Reuewahl des Gesellenauschusses, welche am Dienstag erfolgte, ist nicht so ausgefallen, wie die Meister erwarteten. Sie hatten die Verhandlungen mit der Lohnkommission zurückgewiesen, und wollten nur den Gesellenauschuss als die gesetzliche Vertretung der Arbeitnehmer anerkennen. Nun sind die Mitglieder der Lohnkommission fast einstimmig in den Gesellenauschuss gewählt, und es bleibt abzuwarten, ob die Meister mit den nunmehrigen gesetzlichen Vertretern der Gesellen verhandeln werden.

Die Maurer in Waren (Mecklenburg) sind in den Streik getreten, nachdem Verhandlungen mit den Unternehmern zu keinem Resultat geführt hatten. Die Streikenden — es sind deren 75 — fordern 88 Pf. Stundenlohn. Die Bauarbeiter sind gleichfalls mit der Forderung einer Lohnerhöhung von 23 auf 27 Pf. pro Stunde an die Unternehmer herangetreten und haben sich, nachdem sie abschlägig beschieden wurden, den streikenden Maurern angeschlossen.

Ausland.

Streik der Damenschneider in Budapest. Circa 700 Arbeiter und 8000 Arbeiterinnen der Damenkleider-Konfektionsbranche sind am 1. d. M. in den Streik getreten, nachdem eine von 1000 Personen besuchte Versammlung sich auf folgende Forderungen geeinigt hatte: zehnstündige Arbeitszeit; 25 prozentige Erhöhung der Stück- und Tagelöhne; Wochenlöhne von 30 bis 36 Kronen für die Näherinnen und „Maschinenistinnen“; Entlohnung pro Ueberstunde für Näherinnen und „Maschinenistinnen“ mit 1 Krone, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen 60 Heller, Handmädchen 30 Heller; Aufschlag des Lohnstarifs in den Werkstätten; volle Sonntagruhe; innerhalb sechs Wochen darf wegen des Lohnkampfes keine Entlohnung stattfinden. — Auf Betreiben einer Anzahl Schwärzmeister haben die Großkonfektionäre beschlossen, jedem Schwärzmeister, der die Forderungen der Arbeiter bewilligt, die Arbeit zu entziehen. Indes hat trotzdem ein Großkonfektionär den von ihm direkt beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen die Forderungen bewilligt.

Zum Streik am Simplon wird aus Bassen, 3. Juli, gemeldet: Da die Verhandlungen der Baumunternehmer mit den Ausständigen auf der italienischen Seite des Simplontunnels ergebnislos geblieben sind, wurden sämtliche Arbeiten für unbestimmte Zeit eingestellt, beschäftigungslos Personen wurden von den Behörden zwangsweise in die Heimat zurückbefördert. Die Fertigstellung des großen Werkes dürfte durch diese Vorgänge wesentlich verzögert werden.

Sociales.

Umgebung der Arbeitervorschriften. In der „Socialen Progris“ macht Herr W. Abelsdorf-Homburg auf die Mangelhaftigkeit der Schutzvorschriften für die Arbeiterinnen der Kleider- und Wäschekonfektion und auf Methoden zu ihrer Umgehung aufmerksam. Nach § 1 der Verordnung vom 31. Mai 1897 finden die Schutzvorschriften der §§ 135 bis 139 und des § 130 b der Gewerbeordnung Anwendung „auf Werkstätten, in welchen die Anfertigung oder Bearbeitung von Männer- und Frauenkleidern (Mänteln, Hosen, Westen, Mänteln und dergleichen), Frauen- und Kinderkleidung (Mänteln, Kleidern, Umhängen u. dgl.), sowie von weicher und bunter Wäsche im großen erfolgt (Kleider- und Wäschekonfektion).“

Nicht anwendbar sollen die gegebenen Vorschriften nach § 8 sein: 1. auf Werkstätten, in welchen der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen oder nur gelegentlich nicht zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt; 2. auf Werkstätten, in welchen die Herstellung oder Bearbeitung von Waren der Kleider- und Wäschekonfektion nur gelegentlich erfolgt.

Und in der Ausführungsanweisung dazu heißt es: Die Bestimmungen der Verordnung finden nur auf Werkstätten Anwendung, in denen die Herstellung oder Bearbeitung von Waren der vorbeschriebenen Art „im großen“ erfolgt. Daher bleiben sowohl die Schneiderwerkstätten, in denen auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf der Besteller gearbeitet wird, als auch die Näh- und Plättstuden für sogenannte Privatkundschaft von der Geltung der Verordnung ausgeschlossen.

§ 8 sagt dann noch: Die vorstehenden (im § 1—7 niedergelegten) Bestimmungen finden keine Anwendung:

Auf die Mangelhaftigkeit dieser und ähnlicher Vorschriften haben wir oft genug hingewiesen, namentlich auf die Möglichkeit der vernünftigen Verwendung von Heimarbeit und deshalb stets mindestens die Anwendung der bestehenden Schutzvorschriften auf jede Art von Vorkleiden sowie auf die Heimarbeit gefordert. Etwas anderes ist es mit der „Umgehung“, über die Herr Abelsdorf wie folgt berichtet: „Aber noch in anderer Weise werden diese gesetzlichen Vorschriften bisweilen umgangen. — Nach § 4 der Verordnung (§ 137 der Gewerbeordnung) dürfen Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit von 8 1/2 Uhr abends bis 5 1/2 Uhr morgens und am Sonnabend sowie am Vorabend der Festtage nicht nach 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt werden. Ferner darf die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre die Dauer von 11 Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von 10 Stunden nicht überschreiten.“

Es haben sich nun Betriebe gefunden, welche zweifellos unter die Kleider- und Wäschekonfektions-Verordnung fallen, aber folgendes Mittel anwenden: Sie lassen ihre Arbeiterinnen bis 8 1/2 Uhr abends bezw. am Sonn- und Vorabend von Festtagen bis 5 1/2 Uhr nachmittags auf Vorrat arbeiten — bis dahin fallen sie unter die fragliche Verordnung, — dagegen dieselben Arbeiterinnen in denselben Betriebsräumen nach 8 1/2 Uhr bezw. nach 5 1/2 Uhr nachmittags nur noch auf Bestellung nach Maß für den persönlichen Bedarf arbeiten.

Erfolgt dann eine Revision des Betriebs nach 8 1/2 Uhr oder an einem Sonnabend nach 5 1/2 Uhr, so wird nachweisbar nur noch an bestellten Kleidungsstücken für Privatkundschaft gearbeitet.“ Wir sind nicht der Meinung, daß hier von einer unschuldigen Umgehung die Rede sein kann; hier handelt es sich um offenbare Verletzung der Vorschriften. Wenn das Thun dieser Unternehmer trotzdem bleibt, so ist daran weit weniger die Mangelhaftigkeit der Vorschriften, als vielmehr die Mangelhaftigkeit der Aufsicht schuld oder die Mangelhaftigkeit, durch die sich unsere Gewerbeinspektion den Unternehmern gegenüber bei Gesetzesverletzungen leider immer noch unendlich auszeichnet.

Arbeiter als Baucontroleure. Wahren war der erste deutsche Bundesstaat, der den Forderungen der Bauarbeiter auf Heranziehung von Arbeitern zur Baucontrole entgegengekommen ist. In Befolgung der Verordnung vom 21. März 1900 wurden in München 10 Arbeiter als Baucontroleure angestellt, die am 1. Juli 1900 ihre Thätigkeit begannen. Das Anfangsgehalt wurde auf 1800 M. festgesetzt, während der Magistrat sich die Regelung der Gehaltsverhältnisse, Altersversorgung usw. vorbehielt. Dem Beruf nach sind die gewählten Controleure: Maurer 4, Zimmerleute 2, Steinmeger 2 und Bauholzer 2. Von der Vorlohnlosigkeit der Münchener Bauarbeiterauskommission (Organisation) wurden 5 Controleure ausgewählt, während die übrigen der vom Unternehmertum in Vorschlag gebrachten Liste entnommen wurden.

Die „kommunale Progris“ ist in der Lage, die Dienstinstruktion für die Controleure mitzuteilen, die erst kürzlich festgestellt worden ist, nachdem man die Thätigkeit der Gewählten praktisch beobachtet hat. Nach dem Urteil der amtlichen Techniker und der Baubehörden hat sich die Einrichtung bisher durchaus bewährt.

Einige der wesentlichsten Vorschriften der Dienstinstruktion dürften allgemein interessieren. Nach § 1 liegt den Controleuren die Kontrolle aller Bauarbeiten ob in der Weise, daß sie die Beobachtung aller für Bauausführungen bestehenden polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften zu überwachen haben. Sie haben weiter darauf zu achten, daß die anerkannten Regeln der Baukunst beobachtet werden, daß die Ausführung eine sichere ist, und daß alle erforderlichen Maßregeln zum Schutze des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit der Arbeiter durchgeführt werden.

Im besonderen ist zu beachten: daß die bei Bauarbeiten in Verwendung kommenden Materialien, wie natürliche und künstliche Steine, die verschiedenen Mörtelearten und die hierzu zu verwendenden Baustoffe, dann Holz, Eisen usw. von guter Beschaffenheit sind und eine gute Ausführung gewährleistet; daß die Gerüstbauten, Gerüstböden, Schrägen, Böden, Wolgen, Leitern, Bindezeug, Lantwerk, Flaschenzüge, Rollen, Winden, Aufzüge- und sonstige Vorrichtungen sich in gutem, gebräuchlichem Zustande befinden und erhalten werden, daß die Gerüste sicher und sachgemäß ihrem Zweck entsprechend hergestellt sind, von Zeit zu Zeit untersucht und in gutem Zustande erhalten werden; daß bei Abbrucharbeiten mit der nötigen Vorsicht vorgegangen wird, Ueberlastungen von Bauteilen vermeiden, die Schutzgerüste vorchriftsmäßig hergestellt werden und die nötigen Vorrichtungen vorgenommen und zur Vermeidung der Verletzungen der Arbeiter und des Publikums durch Staub genügend mit Wasser gesprengt werden.

Die Baucontrole hat in gewöhnlichen Zeiten alle 4 Tage, dann bei Bauarbeiten, welche eine besondere Vorsicht erforderlich machen, insbesondere dann, wenn sie von nicht als zuverlässig erprobten Bauleitern (Baumeistern, Polierern usw.) geführt werden, täglich zu geschähen. Bei jeder Baucontrole hat der Baucontroleur mit dem Bauleiter oder Bauherren sich ins Benehmen zu setzen. Zeigen sich bei einer Kontrolle Ungehörigkeiten im Sinne der bestehenden Vorschriften und werden diese auf erhobene Beanstandung hin nicht sofort abgestellt, so ist der notwendige Auftrag dem Bauleiter oder dessen Stellvertreter schriftlich zu übergeben und die Kopie der Baukommission behufs Erlassung einer besonderen Entschließung vorzulegen. Bei augenscheinlicher und unmittelbarer Gefahr ist der Baucontroleur befugt, die Bauarbeiten ganz oder teilweise einzustellen. In diesem Falle ist unverzügliche Mitteilung an die Baukommission zu machen.

Die Baucontroleure sind verpflichtet, Vorgebrennen und Feuergefährlichkeiten jeder Art an Neubauten und an bestehenden Gebäuden, welche ihnen bei Begehung ihrer Bezirke oder sonstige bekannt werden, sowie Bauten und Bauausführungen, die ohne Erlaubnis oder Anzeige hergestellt werden oder bereits ausgeführt sind, zur Kenntnis der Baukommission zu bringen, wosöglich ist der betreffende Bauherr oder Bauleiter zur sofortigen Anmeldung bei der Baukommission zu veranlassen.

Das Vorgehen Bayerns und die dort gemachten Erfahrungen sind für die Bauarbeiter von nicht zu unterschätzendem Vorteil. Man wird anderwärts ihrer Forderung keine Zweckmäßigkeitsgründe entgegenzusetzen können.

Zur Milchbrandfrage. Die Arbeiter der Rixinger Mohlhaarspinnereien haben in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung zu der in Nr. 135 des „Vorwärts“ erwähnten Petition der Rixinger Milchbrand-Kommission Stellung genommen und in einer einstimmig angenommenen Resolution sich der Eingabe angeschlossen. Von den gelegentlichen Körperschaften soll eine energische Bekämpfung der Milchbrandfrage gefordert werden. Eine Kommission wurde eingesetzt und beauftragt, sich mit den in Rixinger und München schon bestehenden Kommissionen in Verbindung zu setzen, um eine einheitliche Stellungnahme der Arbeiter herbeizuführen.

Versammlungen.

Die Püherer Berlin und der Vororte nahmen in einer am Mittwoch abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Versammlung Stellung zu der von den Arbeitgebern geplanten Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Pühererbranche. Es handelt sich um den vom Arbeitgeberbund mit der Freien Vereinigung der Püherer abgeschlossenen, von uns bereits in den Hauptpunkten bekannt gegebenen Arbeitsvertrag, der nach Absicht der Unternehmer allgemeine Gültigkeit erlangen soll. Nachdem Franz Schuly über diese Angelegenheit referiert hatte, entspann sich eine lebhafte Debatte, in der man allgemein für Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen eintrat und das Verhalten der von den Unternehmern großzügigen „Freien Vereinigung“ scharf verurteilte. Folgende Resolution wurde gegen die Stimmen von 3 Mitgliedern der „Freien Vereinigung“ angenommen:

„Die Versammlung der Püherer Berlin und der Vororte giebt ihrem Willen dahin Ausdruck, daß die Püherer die Arbeitsbedingungen, die der Arbeitgeberbund für das Püherer in

der Nr. 50 der „Vaugewerks-Zeitung“ vom 22. Juni zum Ausdruck bringt, niemals anerkennen, weil dieses eine ungeheuerliche Verschlechterung der seit 2 Jahren bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen voraussetzt. Die Behauptung des Arbeitgeberbunds, daß die ablehnende Haltung der Leiter des Centralverbandes der Püherer und ihre „radikale“ Haltung Schuld daran sei, daß nicht eine gerechte Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts stattgefunden habe, stellt die Verantwortlichkeit dieser Herren sehr in Zweifel. Nur deshalb, weil unsere Vertreter dem Einigungsamt mit 300 Vertikagen bewiesenen, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen seit dem Jahre 1899 mit den einzelnen Arbeitgebern abgeschlossen worden waren, hat das Einigungsamt von einem Schiedspruch Abstand genommen.“

Die versammelten Püherer legen gegen das einseitige Vorgehen der Arbeitgeber, die mit einigen arbeitswilligen Elementen einen Arbeitsvertrag abschließen, Verwahrung ein und erklären, unter keinen Umständen auf den vom Arbeitgeberbund ausgehenden Arbeitsvertrag Pühererarbeiten anzunehmen, sondern verpflichten sich, nur dort Arbeit anzunehmen, wo dieser Arbeitsvertrag von den Arbeitgebern nicht verlangt wird.

Des weiteren bedauern die Püherer, den Arbeitgeberbund im Herbst dieses Jahres in der Hoffnung, daß ein Vertrag zwischen beiden Organisationen zu Stande kommen werde, zu viel Vertrauen in der Trägheit entgegengebracht zu haben. Sie werden insfolgedessen für die Zukunft die Püherer nur dann übernehmen, wenn der Trägerbund nicht im Accordpreis einbezogen ist und dort, wo der Träger heute von den Püherern bezahlt wird, vom Montag, den 8. Juli ab die Forderung an die Arbeitgeber stellen, die Träger wieder außer dem Accord zu bezahlen.

Die versammelten Püherer erklären, daß es geradezu als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu bezeichnen ist, wenn man solchen Personen, wie den Mitgliedern der unter der Obhut des Arbeitgeberbunds für das Pühererwerk gegründeten „Freien Vereinigung“ die Pühererarbeiten überträgt, da diese Personen keineswegs in der Lage sind, gute und solide Pühererarbeit in der Weise anzufertigen, wie es heute bei geregelten Verhältnissen von den Püherern im allgemeinen verlangt wird. Wir halten es für unsere Pflicht, das bauende Publikum sowie die überwachende Körperschaft darauf hinzuweisen, daß sie ihr Augenmerk hierauf richten, zumal da sonst von den Innungen gerade der Befähigungsnachweis verlangt wird und sie hier für das bauende Publikum Arbeit von Personen ausführen lassen, von denen offensichtlich ist, daß sie nicht in der Lage sind, die Arbeiten ordnungsmäßig auszuführen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Preisnormierung der Rückfahrkarten.

Schwerin i. M., 4. Juli. (B. Z. B.) Die Generaldirektion der großherzoglichen Eisenbahn zeigt an, daß von morgen ab auch innerhalb des mecklenburgischen Lokalsverkehrs die gewöhnlichen Rückfahrkarten 15 tägige Gültigkeit erlangen.

Köln, 4. Juli. (B. Z. B.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus München: Die hiesigen Zeitungen bringen über das Ergebnis der süddeutschen Eisenbahn-Konferenz auf offizieller Verlautbarung des Wortlauts beruhende vorläufige Nachrichten. Die Konferenz beschloß, die 45tägige Gültigkeit der Rückfahrkarten im Verkehr mit der preussisch-bayrischen Eisenbahngemeinschaft ohne Weiteres einzuführen. Dieselbe Gültigkeitsdauer im inneren Verkehr wurde förmlich noch nicht beschlossen, soll aber den drei Regierungen aufs Beste empfohlen werden, so daß deren Zustimmung sicher ist. Die Altersfrage über den inneren Verkehr sind gestern dem Prinzregenten vorgegangen, welcher dieselben heute unterzeichnen dürfte, so daß die Maßregel übermorgen in Kraft tritt. Weitere Reformen und Tarifverbilligungen sind für absehbare Zeiten ausgeschlossen. Im Herbstbetragen im bayrischen Budget zu befragen, werden wichtige dringende Ausgaben zurückgestellt.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 4. Juli. (B. Z. B.) In der heutigen Sitzung begründet Maguanda seinen Antrag, nach welchem die vier direkten Steuern durch eine Einkommensteuer ersetzt werden sollen. Die Deputierten Laiss, Ribot u. a. beteiligen sich an der Erörterung. Finanzminister Caillaux erklärt, daß die Regierung ihrem Programme treu bleiben und die Kammer im November d. J. ersuchen werde, über die Reform der direkten Steuern endgültigen Beschluß zu fassen. Nach längerer Diskussion wurde mit 354 gegen 218 Stimmen beschlossen, die Beratung über die Einkommensteuer von der Budgetberatung zu trennen. Mit 318 gegen 170 Stimmen wurde sodann beschlossen, die Einkommensteuerfrage nach Verabschiedung des Versicherungsgesetzes und gleichzeitig mit dem Budget auf die Tagesordnung zu setzen.

Stich Beach über den Boerenkrieg.

London, 4. Juli. (B. Z. B.) Unterhaus. Fortsetzung. Bei der Beratung der zweiten Lesung der Anleihebill erklärte Stich Beach in Verantwortung mehrerer Anfragen, es sei nahe gelegte worden, dem Kriege ein Ende zu machen. Von Kitchener sei ein Telegramm eingegangen, in dem eine Bekanntmachung der Boerenführer in Transvaal wiedergegeben sei, wonach die Boeren für ihre Unabhängigkeit kämpften, die sie nie aufgeben würden. (Beifall bei den Fern.) Das seien Bedingungen, die England ihnen nicht bieten könne. (Beifall.) Ein wesentlicher Teil der Kriegskosten müsse Transvaal und dem Orangestaat auferlegt werden, es könne aber nichts unternommen werden, ehe nicht der Krieg vorüber und das Land beruhigt sei. Bei der Vermehrung des Betrages der Bewässerung der Goldminen müßten auch die Gewinnvorteile in Erwägung gezogen werden, welche ihnen aus der Beseitigung des Dynamit-Monopols erwachsen. Die Regierung würde indessen nichts thun, was die Entwicklung der Minen behindern könne.

Kassel, 4. Juli. (B. Z. B.) Gegen den hiesigen Generaldirektor Schmidt der Aktiengesellschaft für Treberproduktion ist ein Steckbrief erlassen und sein Signalement an allen Grenz-eisenbahnstationen gegeben worden.

Nannur, 4. Juli. (B. Z. B.) In der Albert-Grube streiken 350 Bergarbeiter. Dieselben verlangen Abschaffung einer von der Bergwerksverwaltung eingeführten Erneuerung.

Wüffel, 4. Juli. (B. Z. B.) Hier kurzieren Gerüchte, daß die Regierung die Vermehrung der aktiven Armee um 5000 Mann beabsichtigt.

Petersburg, 4. Juli. (B. Z. B.) Die vor einiger Zeit im Pariser „Temp“ veröffentlichte Antwort des Grafen Leo Tolstoi auf seine Exkommunikation ist heute in der Zeitschrift „Missionen“ soje Obozrenie“ auf Veranlassung des Heiligen Synod mit einer eingehenden Widerlegung abgedruckt worden, die der Bischof von Jamburg, der Missionar Sworhoff und ein ehemaliger Gefängnisgenosse Tolstois Namens Stof verfaßt haben. Diese seit längerer Zeit erwartete Publikation erregt allgemeines Aufsehen.

Bukarest, 4. Juli. (B. Z. B.) Die außerordentliche Parlaments-sitzung ist heute durch eine königliche Botenschaft geschlossen worden.

Cetinje, 4. Juli. (B. Z. B.) Der montenegrinische Gesandte in Konstantinopel erhielt Befehl, von der Pforte die sofortige Zurückziehung der beabsichtigten Grenztruppen an die türkisch-montenegrinische Grenze entsandten Truppen und die Anerkennung der montenegrinischen Rechte und Forderungen zu verlangen, widrigenfalls ein Konflikt unvermeidlich sei.

New York, 4. Juli. (Bureau Laffan.) Innerhalb der letzten neun Tage wurden in der Stadt New York 1784 Personen von der Hitze überwältigt. Nicht weniger als 832 Personen erlagen im selben Zeitraum dem Hitzschlag. Die New Yorker glauben übrigens, daß das schlimmste nun überstanden sei.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlins, insbesondere aber denen der Umgegend zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 14. Juli, die nächste Lokalliste erscheint. Ich erlaube daher, Wenderungen resp. Neuannahmen bis spätestens den 9. Juli an folgende Genossen einzuenden zu wollen: für Teltow-Beestow A. Breker, Nietzenstraße 69, Nixdorf; für Nieder-Barnim Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Prinzen-Allee 20a; für Potsdam-Osthavelland Albert Reue, Spandau, Jagowstr. 9; diverse Orte Gustav Stein, Former, Wriezen a. O.; für Berlin an den Obmann Karl Scholz, Wrangelstr. 110. Spätere Einwendungen können nicht berücksichtigt werden, da Nachveröffentlichungen nicht mehr stattfinden. Ich erlaube die Genossen, hiervon Kenntnis zu nehmen. Die Lokalkommission. J. A.: Karl Scholz, Wrangelstraße 110 p.

Achtung, 6. Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 7. Juli, früh 7 1/2 Uhr, eine Flugblattverteilung stattfindet.

In der Schönhäuser Vorstadt ist der Treffpunkt in den bekannten Lokalen, außerdem bei Schönfeld, Gehrbellnerstr. 9, Ecke Christinenstraße.

In der Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen bei Reinmann, Prinzen-Allee 21; Gustav Herrmann, Putzbrückerstr. 45; Wachgänger, Ewinenländerstr. 34; Rosa, Ruppinerstr. 42; Goppe, Adlerstr. 21.

In der Oranienburger Vorstadt bei Scholz, Schwarzkopffstr. 6.

Wedding: Krause, Müllerstr. 7.

In Moabit bei Farr, Pankowstr. 10 und in allen bekannten Lokalen.

Kege Beteiligung ist erwünscht. Die Vertrauensleute.

Achtung! Sonntag, den 14. Juli, von morgens 8 Uhr ab findet im Schloß Weihensee das Sommerfest des sechsten Wahlkreises statt. Trotz des billigen Entrees von 20 Pf. ist in weitgehendstem Maße für das Vergnügen sowohl der Erwachsenen als der Kinder gesorgt. Wir verweisen auf die Sonntags-Annonce. Bei der Beliebtheit, welche diese Feste des sechsten Kreises sich in der Berliner Arbeiterschaft erworben haben, ist wohl ein zahlreicher Besuch zu erwarten. Billets sind bei sämtlichen Bezirksführern und in den Poststellen zu haben.

Der fünfte Reichstags-Wahlkreis hält am Sonnabend, 6. Juli, in der Brauerei Friedrichshain sein Sommerfest ab, das diesmal ein ganz besonders reichhaltiges Programm aufweist. Es wirken mit das Berliner Konzert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Graf, der Gesangverein „Partenblätter“ und die Gesellschaft Strazelenitz. Außerdem findet Ball statt; für die Kinder sind ebenfalls passende Vergnügungen vorgesehen. Da das Billet nur 30 Pf. kostet, so wird eine rege Beteiligung zu erwarten sein. Bei ungünstiger Witterung findet das Fest im Saale statt.

Nixdorf. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet Mittwoch, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Apollo-Theater, Hermannstr. 50, statt. Genosse Jubel spricht über das Landtags-Wahlrecht. Da es eine Generalsammlung ist, werden die Mitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen; es wird eine Broschüre an die Mitglieder gratis verteilt. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß am 11. August eine Gedenkfeier für unsre toten Vorkämpfer stattfindet. Der Vorstand.

In Johannisthal hält der Socialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung am 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Mertins ab. Auf der Tagesordnung steht außer dem Bericht des Vorstandes ein Vortrag des Genossen Jubel über: „Die Bedeutung der öffentlichen Volksbibliotheken und Leseschulen für die Arbeiterschaft.“

Lokales.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Im Anschluß an unsere Mitteilung in Nr. 149 über die Auflösung derjenigen Stadtverordneten-Wahlbezirke, in welchen im Herbst dieses Jahres Hausbesitzer zu wählen sind, bringen wir zur besseren und rechtzeitigen Information im nachstehenden die gesamte Liste aller im Herbst auszuführenden Stadtverordneten der III. Abteilung und ihrer Wahlbezirke, unter Angabe der Stadtbezirke, aus welchen der einzelne Wahlbezirk gebildet ist; auch führen wir an, ob ein Hausbesitzer zu wählen ist und welcher politischen Partei der jeweilige Vertreter angehört.

Table with 5 columns: Wahlbezirk, Stadtbezirke, Vertreter, Politische Richtung, Hausbesitzer. Rows 4-48.

Die Wahlbezirke 11 (Goldschmidt) und 22 (Perls) waren früher im Besitz unfrer Partei, und zwar wurde der 11. von 1884-91 durch Zugauer und von da bis 1896 durch Meyner vertreten, während der 22. von 1891-96 durch Henle vertreten wurde.

Wo die Stadt Berlin ihre Waisenkinder unterbringt.

Zu der alten Streitfrage, ob die der öffentlichen Waisenspflege anheimfallenden Kinder in Anstalten oder in Familien unterzubringen sind, nimmt die Stadt Berlin seit langem den Standpunkt ein, daß die Unterbringung in Familien im allgemeinen die Regel bilden soll und die Erziehung in Anstalten nur in besonderen Fällen einzutreten habe. Dem entsprechend waren am 1. April 1900 überhaupte 5554 in der städtischen Waisenspflege Berlin befindlichen Kinder allein 4392 in der sogenannten Kostpflege untergebracht, zu der fast ausschließlich Familien und nur ganz vereinzelt auch einige nichtstädtische Anstalten, die den eigenen Anstalten der Stadt als Zuschüsse und Ersatz dienen müssen, herangezogen werden. Die andere Frage, ob die für die Kostpflege geeigneten schuldlosen Kinder in Berlin selber oder lieber außerhalb in Pflege zu geben sind, wird von unfrer städtischen Waisensverwaltung mehr und mehr dahin beantwortet, daß die auswärtige Pflege zu bevorzugen sei. Von den am 1. April 1900 vorhandenen 4392 Kostpflegelindern befanden sich in der Berliner Kostpflege nur 1508, in der auswärtigen 2884. Die

Devorzugung der auswärtigen Pflege ist besonders im letzten Jahrzehnt immer stärker geworden. Im Jahre 1890 waren von damals 4065 Kostpflegelindern 1792 in Berlin untergebracht und 2263 außerhalb. Auf Berlin kamen also damals noch 44 Proz. aller Kostpflegelinder; gegenwärtig sind es nur noch 27 Proz. Begründet wird die Bevorzugung der auswärtigen Pflege damit, daß diese besser als Berliner Pflege sei. Es scheint aber eher das Gegenteil der Fall zu sein. Unter den auswärtigen Kostpflegelindern ist die Säuglingssterblichkeit viel größer als unter den in Berlin untergebrachten. Beispielsweise starben 1899/1900 von allen im Lauf des Jahres längere oder kürzere Zeit in der Kostpflege gewesenen Säuglingen in der Berliner Pflege 21 Proz., in der auswärtigen 33 Proz., und in anderen Jahren war das Verhältnis ähnlich. (Ein korrekteres Bild gäbe natürlich die Vergleichung der Sterbefälle mit der Durchschnittszahl der verpflegten Säuglinge, doch wird für die Säuglinge die Durchschnittszahl in den Waisensverwaltungsberichten leider nie mitgeteilt.) Der Gewinn, den die Säuglinge von der besseren Luft der kleineren Orte haben, scheint also durch andre, nämlich unangünstige Umstände mehr als aufgehoben zu werden. Auch bezüglich der Schule dürften die Kinder in der auswärtigen Pflege fast überall schlechter aufgehoben sein. Die Schulbildung, die die Pflegekinder in den Dörfern und kleinen Städten erhalten, bleibt bekanntlich meist noch hinter derjenigen zurück, die die Berliner Gemeindegemeinschaft ihnen bieten könnte. Das einzige, was sich von einem gewissen Standpunkt aus zu Gunsten der auswärtigen Pflege anführen ließe, ist das, daß die Kinder den sittlichen Gefahren der Großstadt entrückt werden, womit übrigens nicht gesagt sein soll, daß die kleinen Städte und die Dörfer etwa gänzlich ohne sittliche Gefahren für die Jugend sind. Wir glauben indes, daß den Ausschlag in dieser Frage wohl die größere Billigkeit der auswärtigen Pflege stellen wird; denn das Kostgeld, das die Waisensverwaltung zahlt, ist für die kleineren Orte (mit Ausnahme nur der allernächsten Vororte Berlins) niedriger bemessen als für Berlin. Es entspräche das durchaus den Anschauungen und Grundsätzen, die bei der Berliner Kommunalverwaltung für die gesamte Armen- und Waisenspflege Geltung haben. — Von Interesse ist auch, zu sehen, welchen Gesellschaftsklassen die Familien angehören, in denen die Kinder untergebracht werden. Es ist fast ausschließlich die mäßig oder wenig bemittelte Bevölkerung, die hier in Betracht kommt. Durch die Berliner Kostpflege gingen im Jahre 1899/1900 überhaupt 2419 verschiedene Kinder, davon waren allein 982 bei Handwerkern (einschließlich Gehilfen) und 630 bei Arbeitern untergebracht. Auf der andern Seite fanden beispielsweise nur 57 Kaufleute, 26 Eigentümler, 18 Rentiers, 12 Fabrikanten. Fast gar nicht vertreten sind die Berufe, deren Angehörige sich in erster Linie zur Erziehung von Kindern berufen halten. Bei Lehrern waren nur 5 Kinder untergebracht, bei Pastoren kein einziges. Was das völlige Fehlen der Pastoren betrifft, so beklagen wir es nicht, aber auffällig ist es doch, außerhalb Berlins waren von überhaupt 4183 Kindern, die im letzten Jahre durch die Kostpflege gingen, 1517 bei Handwerkern (einschl. Gehilfen) und 650 bei Arbeitern untergebracht, dagegen nur 97 bei Eigentümlern, 62 bei Kaufleuten, 13 bei Rentiers. Lehrer sind hier 20mal, Pastoren nur einmal als Pfleger verzeichnet. Man sieht, daß die Erziehung, ein Waisenkind zu übernehmen, in den sogenannten besseren Gesellschaftsklassen sehr gering ist.

Gegen die Lehrlingszählerei. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats geht jetzt gegen die Lehrlingszählerei, welche in Berlin ihr lauberes Handwerk treiben, scharf vor. Bereits im November 1900 hat die Deputation beschloffen, einem Herrn L. Hennig, welcher in der Reuen Friedrichstraße die Fabrikation mechanischer und elektrotechnischer Apparate betreibt, und außer einem „Verfäher“ zwar keinen Gehilfen, dafür aber 26 Lehrlinge beschäftigte, für deren „Ausbildung“ er sich je 1000 oder 600 Mark je zwei- bzw. dreijähriger Lehrzeit zahlen ließ — aufzugeben, die Zahl der Lehrlinge auf sechs herabzusetzen. Gegen diesen Beschluß erhob der Herr „Lehrmeister“ Widerspruch beim Stadtschulrat, und dieser bewilligte Herrn Hennig 8 Lehrlinge statt der 26 bei ihm beschäftigten. In ihrer letzten Sitzung am Mittwochabend verhandelte die Gewerbe-Deputation wieder über mehrere Fälle ähnlicher Art. Dem Inhaber der Telephon- und Telegraphen-Fabrikation Julius Schuch, der sich für die „Ausbildung“ seiner Lehrlinge ein Lehrgeld von 300-500 M. zahlen läßt, je nachdem die Lehrzeit auf 1, 2 oder 3 Jahre vereinbart wird, wurde aufgegeben, die hohe Zahl seiner Lehrlinge auf 8 zu vermindern. Arge Mißstände herrschen auch in der Telegraphen- und Telephonfabrik J. Jensch und Voehmer, indem dort die Zahl der Lehrlinge seit ca. 1 1/2 Jahren von 10 auf 47 erhöht worden ist, für deren „Ausbildung“ außer dem Firmeneinhaber noch 1 Verfäher und 1 Vorarbeiter sorgen. Mechanikergehilfen sind im Betriebe nicht beschäftigt. Die Lehrzeit beträgt 3-4 Jahre, das Lehrgeld 100 M. Dieser Firma wurde aufgegeben, die Zahl ihrer Lehrlinge vom 1. Januar 1902 ab auf 10 zu beschränken.

Bevor die Gewerbe-Deputation ihre Beschlüsse faßte, forderte sie ein Gutachten des Gewerbe-Inspektors; auch ließ sie die in Betracht kommenden Betriebe durch Mitglieder der Gesellschaft für Mechanik und Optik beschichtigen und auch von dieser Gesellschaft ein Gutachten abgeben.

Bürgerdeputierter Zugauer beantragte, künftig bei ähnlichen Gelegenheiten auch Gutachten des hiesigen Gewerbegerichts einzufordern, womit sich die Deputation einverstanden erklärte. Ferner sollen von den erwähnten, bezüglich der Lehrlingszählerei gefaßten Beschlüssen der Gewerbe-Deputation der Gewerbe- und Gewerbegericht und die „Gesellschaft für Mechanik und Optik“ in Kenntnis gesetzt werden.

Die städtische Verkehrs-Deputation wird sich in ihrer nächsten Sitzung u. a. auch mit der Errichtung von Pensionen für die Beamten der Straßenbahnen von Siemens u. Halske und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, deren Statuten schon ausgearbeitet sind, beschäftigen. Außerdem stehen auf der Tagesordnung der Sitzung mehrere betriebstechnische Änderungen im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn.

Auf der Vorortstrecke der Schlessischen Bahn ist wieder eine der neuen Waghöfenanlagen, die hier infolge des viereckigen Ausbaus der Bahn bis Erlner und der Höherlegung des Bahndamms bis Friedrichshagen notwendig geworden sind, in Benutzung genommen worden. Seit Mittwoch halten in Riech-Nummelsburg die nach Berlin fahrenden Züge an dem neuen Bahnhof. Nur den von Berlin kommenden Zügen dient bis zur Herstellung des Geleise-Anschlusses noch der alte Bahnhof als Haltestelle. Mit derselben Einschränkung werden die neuen Waghöfe für Stralau-Nummelsburg und für Friedrichshagen schon seit einiger Zeit benutzt, während auf Haltestelle Hirschgarten die ganze Waghöfenanlage fertig und für beide Fahrrichtungen in Betrieb ist. Weil im Bau vorgeschritten ist auch der Bahnhof für Sadowa, weniger der für Karlshorst. Auf dem Bahnhof für Köpenick sind die Arbeiten eben erst in Angriff genommen worden.

Der erste Zug in die Ferienkolonien wurde gestern morgen um 9 Uhr 25 Min. vom Stettiner Bahnhof mit nahezu 1000 Kindern abgefahren. Der Sonderzug bestand aus 50 Wägen und brachte die erholungsbedürftigen Kleinen nach den Ostseebädern, Mecklenburg und Pommern. Schon eine Stunde vor der Abfahrt fanden sich Eltern mit ihren Kindern ein und die ersten wurden von der Eisenbahn-Verwaltung ohne Bahntickets gelassen. An den Fenstern der Wagen waren, um ein mehrköpfiges Zurechtfinden zu ermöglichen, Fahnen mit der Bezeichnung der verschiedenen Kolonien angebracht.

Die Kinder, denen man trotz ihrer vor Erregung geröteten Wangen die Großstadtlust und die Kränklichkeit ansah, wurden von Herren und Damen in Empfang genommen und zu den Wägen geleitet. Außer den unmittelbar Beteiligten waren auch Stadtschulrat Gerthberg und Geschäftsleute aus allen Stadtbezirken, durch deren Vermittlung die Kinder für die Reise angenommen wurden, erschienen. Mähe verursachte, daß manche lämmige Eltern erst kurz vor Abgang des Zuges die Kinder herbeiführten, die nun noch schnell untergebracht werden mußten. Eltern und Angehörige wetteiferten, ihren Kleinen Erfrischungen an die Wägen zu bringen.

Für den Unterricht in der Tagesklasse der städtischen höheren Weberschule, welche zur Vorbildung von Fabrikanten, Fabrikdirektoren, Musterzeichnern und Slickern dient, beträgt das Schulgeld für Preußen 200 M., für andre Deutsche 300 M. und für Ausländer 1000 M. jährlich. Der letztere Satz wird für zu hoch gehalten und seine Ermäßigung in Anregung gebracht. Dies führte in der gestrigen Sitzung der Gewerbe-Deputation des Magistrats eine längere Debatte herbei. Es wurde im allgemeinen zugegeben, daß das Unterrichtshonorar für Ausländer, die außerdem noch 60 M. Einschreibgebühr zu entrichten haben, etwas zu hoch bemessen sei, allein man müsse hierbei auch die Konkurrenz des Auslandes in Rechnung ziehen, der gegenüber der einmalige Aufwand für Schulgeld gar nicht ins Gewicht falle; die Väter der Millionärsöhne, die hier ihre Ausbildung genöffen, könnten übrigens die Ausgaben dafür sehr leicht tragen. Man verwies auf gewisse Weberschulen Frankreichs, in denen die Zulassung von Ausländern zu den Weberschulen überhaupt ausgeschlossen sei, um ihnen die Fabrikationsgeheimnisse nicht preisgeben zu müssen. Andererseits wurde geltend gemacht, daß man in der Schweiz, so z. B. an der Weberschule zu Yverdon, zwischen In- und Ausländern überhaupt keinen Unterschied mache, was sehr unwahrscheinlich klingt, da dort doch sonst die Einheimischen und Fremden im Geschäfts-, Eisenbahn- u. Verkehr sehr wohl auseinandergehalten werden. Die Deputation beschloß, ehe sie der Frage der Ermäßigung des Schulgelds näher tritt, zuvor in England, Frankreich, Belgien, Oesterreich und der Schweiz genauere Erkundigungen über die dortigen Unterrichtsverhältnisse einzulegen zu lassen.

Der Direktor der städtischen Weberschule, Professor G. Richter, ist bekanntlich vom Handelsminister behufs Uebernahme der Leitung der Technischen Centralstelle für Textil-Industrie aus dem städtischen Dienste abberufen worden. Der Magistrat hatte die Stelle anschieben lassen und in der gestrigen Sitzung der städtischen Gewerbe-Deputation sollte die Renwahl stattfinden. Wie Stadtschulrat Dr. Gerkenberg mitteilte, liegen im ganzen 15 Bewerbungen vor, darunter auch drei von einheimischen Kandidaten. Unter den auswärtigen befindet sich auch ein Bewerber aus Bräun, in welcher Stadt die Textil-Industrie sich bekanntlich zu hoher Blüte entfaltet hat. Die Mitglieder der Gewerbe-Deputation konnten sich gestern noch auf keinen der Kandidaten einigen und so mußte die Wahl auf die erste Sitzung nach den Ferien verschoben werden.

Das Malheur des Fesselkünstlers. Ein tragikomisches Mißgeschick passierte einem Fesselkünstler Namens Cirnoe, der in Essen a. d. Ruhr vor einem aus Vertretern der Polizei und der Presse bestehenden Publikum eine Sondervorstellung gab, angeblich um den bekannten Fesselkünstler Houdini zu „entlarven“. Er erklärte in der That einige Tricks Houdinis auf eine sehr einfache Weise und zeigte den Polizeibeamten, wie man einfache Polizeischnellen durch bloßes Aufschlagen auf einen harten Gegenstand zum Auffpringen bringen kann. Auch zeigte er, wie die Fesselkünstler mit sorgfältig verborgen gehaltenen „Reiferschlüsseln“ kompliziertere Schlösser unter Anwendung der verschiedensten Tricks öffnen. Die Polizeibeamten waren sehr erstaunt; noch erstaunter aber war Herr Cirnoe selbst, als ihn einer der Beamten für verhaftet erklärte. Der betreffende Kriminalpolizist hatte nämlich in dem angeblichen Cirnoe einen gewissen Kromschek erkannt, der von der Staatsanwaltschaft in Potsdam wegen Betrugs feldbriefflich verfolgt wurde. Der Herr Cirnoe ist, wenn wir nicht irren, auch hier im Passage-Panoptikum aufgetreten.

Eine Erleichterung im Möbeltransport hat ein Erlaß des preussischen Finanzministers herbeigeführt. Bei Möbelwagen, die von inländischen Expediteuren nach dem Auslande gefandt werden und von dort leer oder mit Möbeln beladen zurückkommen, kann künftig auf Antrag ein erleichtertes Abfertigungsverfahren in der Weise zugelassen werden, daß die Wagen, sofern im Einzelfalle nicht etwa Bedenken hervortreten, dann als im Inlande angefertigt anzusehen und zollfrei einzulassen sind, wenn die Aufschrift einer inländischen Firma auf dem Wagen und der Ausgangsfrachtbrief keinen Zweifel darüber belassen, daß die Wagen zum Zwecke des Möbeltransportes nach dem Auslande gefandt worden sind.

Auf dem alten Botanischen Garten. Die den Juden „heilige“ Lotusblume (Nelambium speciosum) ist jetzt im Botanischen Garten in Blüte zu sehen. Sie hat soeben ihre erste wundervolle weiße Blüte entwickelt. Ende dieses Monats wird die Blüte der Victoria regia erwartet, die recht reich zu werden verspricht, da die Wasserpflanze schon sechs große prächtige rotgeränderte Blätter gezüchtet hat.

Die Jagd nach einem Fahrrad diebe verurteilte gestern morgen mit dem Potsdamer Platz großes Aufsehen. Ein Kaufmann hatte sein Zweirad vor dem Palais-Hotel auf dem Bürgersteig unbeaufsichtigt stehen lassen. Als er nach wenigen Minuten zurückkehrte, bemerkte er, wie ein Fremder die Maschine bestieg und davonlief. Auf den Ruf „Halte den Dieb!“ nahm eine große Menschenmenge an der Verfolgung des Diebstahls teil und ein Schumann jagte in einer Droßche dem Verbrecher nach. Dieser aber zeigte sich als ein ganz hervorragender Fahrer, der sowohl Worsprung gewann, daß er mit der Maschine in den Tiergarten flüchtend bald den Wägen der ihm nachfolgenden Menge einschwand und so leider entkam.

Zeugen gesucht. Augenzeugen, die gesehen haben, wie am Sonnabend, den 29. v. Mts., mittags 2 Uhr, in der Lehterstraße, Ecke Knappsta, der Führer eines Kohlenwagens durch falsches Fahren einen Radfahrer zu Falle brachte, werden höflich gebeten, ihre Adresse mitzuteilen an R. Schneider, NW., Mathenowerstr. 42. Ausbeholdere wird auch der Droßchlenführer, der, der hinter dem Radfahrer kommend, den Vorgang beobachtet hat, um Angabe seines Namens gebeten.

Ein Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens der Linie Ruppinerden-Charlottenburg mit einem Geschäftswagen der Firma Spindler fand gestern auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe der Station Tiergarten statt. Der Accumulatorenwagen, dessen Führer angeblich nicht gestingt haben soll, fuhr mit solcher Gewalt gegen den auf dem Geleise entlang fahrenden Kastenwagen, daß dieser beschädigt und das Gefährt mit ungeheurer Gewalt auf den Boden geschleudert wurde. Das wertvolle Pferd, welches allem Anscheine nach innerlich schwer verletzt worden war, vernochte sich nicht wieder zu erheben und mußte später nach der Tierarztschule geschafft werden.

Ueberrfahren wurde in der Köpenicker Landstraße von einem Waghewagen aus Köpenick, der keine Laterne trug und dessen Aufsicht schlief, gestern um 11 Uhr abends eine Frau, welche auf dem Radweg in Begleitung ihres Mannes von einem Ausflug zurückkehrte. Durch die Huftritte eines Pferdes wurde der Frau das Ohr heruntergerissen und ihr an Länge und Schläfe ansiehendes schwarzes Verlegungen beigebracht. Ein vorüberfahrendes Automobil brachte die Verletzte zur Unfallstation 2 am Köpenicker Bahnhof, von wo sie auf ärztliche Anordnung per Droßche nach dem Krankenhaus übergeführt wurde.

Zu der Internationalen Ausstellung für Feuerwaffen und Feuerrettungswesen Berlin 1901 hielt Oberstabsarzt Dr. Len, Abteilungsarzt der Berliner Feuerwehr, einen Vortrag über: „Die Feuerwaffen und das Samariterwesen“. Redner betonte die nahe Verwandtschaft des Feuerwehrgewerks mit dem ärztlichen: an der Gewährung der ersten Hilfe bei Unfällen aller Art, namentlich auf der Brandstelle, sind beide beteiligt. In Berlin wurde im Laufe der letzten 10 Jahre an der Brandstelle die erste Hilfe in 1527 Fällen geleistet; und zwar 875 Civilpersonen und 652 Angehörigen der Feuerwehr; letzteren auch noch 126 mal bei Unfällen im Wachdienst. Straßenunfälle erforderten 1248 mal ein Eingreifen der Feuerwehrsamariter, sodas rund 2900 Personen die Tätigkeit zu gute kam. Hierbei kamen in Betracht: 795 Brandverletzungen, 491 Schnittwunden aller Art, 52 Knochenbrüche, 1114 andre Verletzungen, 187 Vergiftungen durch Rauch, Gas und dergleichen. Feuer erforderten 262 Erkrankungen und Fälle sonstiger Hilfsbedürftigkeit die Samariterhilfe, die 2118 Civilpersonen und 783 Angehörigen der Feuerwehr zu gute kam. Die Erfolge der häufigen Wiederbelebungsvorlesungen an Betrüben und Erstickten, die ohne die rechtzeitig eingeleitete und thätig durchgeführte Hilfe der Feuerwehrranglosen verloren gewesen wären, sowie die ungeschätzte Anerkennung von Krankenhäusern und andern Ärzten kennzeichnen den inneren Wert der geleisteten Hilfe. Der Samariterunterricht bei der Berliner Feuerwehr für Offiziere und Mannschaften wird von dem mit dem Feuerwehrgewerks vertrauten Arzt des Corps erteilt und schließt mit einer eingehenden Prüfung ab. Das Samariterzeugnis gehört zu den Bedingungen für das Aufsteigen zum Oberfeuermann. Besonders sprach sich Redner gegen das bloße Abdrücken der Schüler zur Ausführung einzelner Vorrichtungen und mechanischer Handgriffe aus. Er fordert einen lebendigen Unterricht, der den Samariter zum Denken anregt und geeignet ist, ihn in seinen Hilfeleistungen unabhängig von dem Mute, der Hilfe und der Aufsicht seiner Kameraden und Vorgesetzten zu machen. Dagegen wurden eingehende theoretische Kenntnisse als überflüssig, ja sogar als gefährlich bezeichnet, weil bald ein Teil davon dem Gedächtnis entschwimmt und der lückenhafte Bestand dann viel eher zur Unsicherheit beiträgt. Weiterhin schilderte Redner die Sanitätsausstattung des Berliner Feuerwehrcorps und die Maßnahmen, die die peinlichste Instandhaltung der Sanitätskräfte bezwecken. Der Inhalt eines solchen, wie er sich aus den Erfahrungen langer Jahre ergeben hat, wurde vorgeführt; er enthält auch das notwendige chirurgische Gerät zum Gebrauche seitens der in schwereren Fällen an der Brandstelle hinzugezogenen Ärzte. Selbst die Morphiumspritze fehlt nicht, da sie unentbehrlich ist gegenüber den unerträglichen Schmerzen, die jede umfangreichere Brandverletzung mit sich bringt. Der neueste Fortschritt, der in der sonstigen Ausrüstung besteht, ist die Einführung des Sauerstoffes nebst den zugehörigen Zuführungsinstrumenten zur Verwendung bei Wiederbelebungsvorlesungen. Von dem Vorrat der Feuerwehr an Sauerstoff wird unentgeltlich an Privatpersonen zu gleichen Zwecken abgegeben und auf den Wochen Hilfsbedürftigen jederzeit Samariterhilfe gewährt, eine Einrichtung, von der nicht selten und mit bestem Erfolge Gebrauch gemacht wird.

Auf dem Beobachtungsprogramm der Trepptower Sternwarte sind jetzt wieder einige Planeten erschienen. Die Venus wird jetzt am Tage mit dem großen Fernrohr beobachtet. Sie sieht über 30 Grad östlich von der Sonne und bietet in ihrer Phasenform einen interessanten Anblick dar. Nach ihrem Untergang wird der Jupiter und Saturn beobachtet. Sonnabendmorgen um 5 Uhr spricht Direktor Archenhold über: „Die Weltengedächtnis und andere atmosphärische Erscheinungen“, um 7 Uhr über: „Die Planetenwelten“.

Die Weltweiserhöfen in Friedenau. Fast alle Berufslehren und Amateure sind jetzt in Friedenau eingetroffen. Nachdem die Namen der Fahrer von den ausländischen Verbänden offiziell bekannt gegeben worden sind, setzen sich die Fahrer in den Weiserhöfen folgendermaßen zusammen:

Die Weiserhöfen über 2 Kilometer für Amateure wollen 51 Fahrer bezeichnen, und zwar 36 Deutsche, 4 Dänische, 3 Franzosen, 3 Dänen, 2 Franzosen und je 1 Holländer, Serbe und Amerikaner. Von diesen konkurrieren in der Weiserhöfen über 100 Kilometer 6 Fahrer und außerdem noch 7 andre, von bekannteren Wägenmann, Salzman, Steber, Ebeling und die drei Franzosen de Guichard, Chappeton und Geniet.

Die Berufs-Weiserhöfen über 2 Kilometer hat 13 Deutsche, 5 Belgier, 3 Dänische, 3 Italiener, 2 Franzosen, 2 Holländer, 1 Däne und 1 Schweizer vereinigt, unter denen die erste Klasse des Kontinents (Arnd, Ullgaard, Jacquelin, Huber, Seidl, Grogna, von den Born, Bratin, Ferrari, Gess usw.) zu finden ist.

Von allen gemeldeten 95 Fahrern bleiben somit 7 Fahrer für die Berufs-Weiserhöfen über 100 Kilometer übrig. Gegen die drei besten Dauerfahrer der Welt Wohl, Boudouard und Didenmann werden die andern einen schweren Stand haben, da hinter den neuen Rotoren weitere beträchtliche Verbesserungen der Weltrekorde über die Stunde hinaus bestimmt zu erwarten sind.

Feuerbericht. Donnerstag früh hatten Lichterfeldstr. 3 Farden und Lade in einem Keller Feuer gefangen, zu dessen Abkühlung ein längeres Wassergeräusch erforderlich war. Kurz vorher wurden Mantelstr. 15 Immobilien in einer Fahrradwerkstatt eingeküchelt. Langestr. 47 war Mittwochabend ein Dachstuhlbrand abzulösen. Schweiß hatte sich in der Dramenburgerstr. 17 entzündet und Teppiche sowie den Fußboden in Brand gesetzt. Holzwalde und Verläge wurden bei Kellerbränden in der Medischstr. 46 sowie Brunnenstr. 16 eingeküchelt. Angebranntes Fleisch verursachte eine Alarmierung nach Gartenstr. 13, während von Landbergerstr. 17 ein Wohnungsbrand gemeldet wurde.

Aus den Nachbarorten.

Aus Pankow wird uns geschrieben: Nachdem am Rathausbau bereits das Erdgeschoss fertiggestellt ist, soll am Freitag eines Gemeindevorstandes noch nachträglich eine feierliche Grundsteinlegung stattfinden. Gemeindevorstander Megele wies darauf hin, daß in der Urkunde unter andern die Zweihundertjahrfeier des Königreichs Preußen erwähnt und die darauf bezüglichen Münzen beigelegt werden müßten, außerdem sollen sämtliche Gemeindevorstander die Urkunde unterzeichnen. Man solle lieber nachträglich den Grundstein legen als die Urkunde der Regel anzuvertrauen; bei letzterer hätte man keine Kontrolle, es könnte vielleicht etwas anders hineinkommen. Vielleicht socialdemokratische Schriften, Herr Megele? Ist alles schon gemacht worden. Wir würden vorschlagen, die Protestversammlung gegen den Rathausbau, die darauf bezügliche Resolution und auch die Antwort des Landrats zu erwähnen. Außerdem wäre die Steuererhöhung, die wuchernde Eitelung der Wohnungsmieten und die Entredung von 1800 Wählern anzuführen. Die Urteile des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Ribbort und Pankow stehen zur Verfügung. Wie wir hören, wird Genosse Klingenberg in der Gemeindevertretung den Antrag stellen, die Nummer des „Vorwärts“ vom 10. Februar dieses Jahres, welche den Aufruf der socialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen den Getreidevucher enthält, mit in den Grundstein zu verlegen.

Zur Wohnungsnot in Spandau. Wir berichteten bereits, daß unsere Parteigenossen gegen das bekannte Vorgehen des Magistrats beim Regierungspräsidenten in Potsdam telegraphisch Beschwerde geführt haben. Am Dienstag war dem auch ein Regierungskommissar in Spandau anwesend; obgleich den Obdachlosen vorher angekündigt worden war, daß der Beamte ihre provisorischen Unterkunftsräume in Augenschein nehmen wollte, ist solches doch unterblieben. Trotzdem soll der Herr, den Spandauer Zeitungen zufolge, die offenbar aus magistrats-offizieller Quelle schöpften, sich ausdrücklich mit den Maßnahmen des Magistrats einverstanden erklärt und diese Maßnahmen als ausreichend bezeichnet haben. Bemerk sei hierbei, daß je zwei Familien einen einzigen Mann im genannten städtischen Gebäude bewohnen, so daß zur Nachtzeit wohl oft 10-14 Personen zusammen haufen müssen. Und das alles sollte eine ausreichende Maßnahme sein? Eine scharfe Zurückweisung erfuhr die Haltung der Spandauer Stadtväter in der Wohnungsnotfrage am Dienstagabend in einer von den Gewerksvereinen einberufenen, in der Hauptsache aber von unsern Parteigenossen besuchten öffentlichen Versamm-

lung, in welcher ein Herr Dr. Runing für die Baugewerkschaften sprach.

Nach einer Darlegung des Genossen Nieger fand eine Resolution Annahme, in der die Stadt aufgefordert wurde, entweder selbst Wohnungen zu bauen oder gemeinnützige Baugewerkschaften mit dem Bau zu beauftragen. Auch wurde stark gegen die Art und Weise protestiert, wie die Wohnungsnot im Stadtparlament behandelt worden ist.

Das Charlottenburger Gewerbegericht versendet den Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1900/1901. Die Zahl der anhängig gemachten Streitigkeiten belief sich auf 675 gegen 639 im Jahre vorher; dazu kommen 22 aus dem Vorjahre unerledigt übernommene Sachen. Die Zunahme entspricht dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer. An der Zunahme sind das Baugewerbe mit 38 Streitigkeiten, das übrige Handwerk und Gewerbe mit 4, die nicht unter die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallenden Streitigkeiten ebenfalls mit 4 mehr beteiligt. Abgenommen haben nur die Klagen gegen Fabrikbetriebe mit 9 Sachen. Für sich allein betrachtet haben die Streitigkeiten im Baugewerbe um 21 Proz., beim übrigen Handwerk um 1 Proz., bei den nicht unter die sachliche Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallenden um 9 Proz. zugenommen, während die Klagen gegen Fabrikbetriebe um 15 Proz. gegen das Vorjahr abgenommen haben. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Gewerbegerichtsbezirks betrug die Zahl der Klagen im Jahre 1900/01 in Charlottenburg 0,37 Proz., in Berlin 0,61 Proz., in Spandau 0,11 Proz., in Stettin 0,30 Proz., in Königsberg i. Pr. 0,78 Proz., in Magdeburg 0,16 Proz., in Altona 0,20 Proz., in Kiel 0,48 Proz., in Braunschweig 0,55 Proz., in Mainz 0,53 Proz., in Mannheim 0,78 Proz., in Leipzig 0,94 Proz., in Solingen 2,10 Proz.

In 81 Fällen haben mehrere Kläger gemeinschaftliche Klage erhoben, die Höchstzahl der zu einer Streitgenossenschaft vereinigten Kläger betrug 38, die Zahl der Kläger überhanpt 1018. Die Klagen sind erhoben von Arbeitgebern gegen Arbeiter in 14, von Arbeitern gegen Arbeitgeber in 678, von Arbeitern gegen Arbeiter in 5 Fällen. Der Streitgegenstand war in 16 Fällen Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie Kündigung oder Zuhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisses, in 679 Fällen Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, in 3 Fällen Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge, in einem Fall Ansprüche auf Grund der Uebnahme einer gemeinsamen Arbeit von Arbeitern desselben Arbeitgebers gegen einander. Rund 3/4 aller Streitfälle betrafen Klagen mit einem Streitwert bis 50 Mark. Durch Zurücknahme vor dem Termin wurden 27 Klagen, durch Zurücknahme im Termin 62, durch Anerkenntnis 31 und durch Vergleich 127 Klagen erledigt; ein rechtskräftiges Verurteilungs-Verfahrensurteil gegen den Beklagten in 19 Fällen, ein rechtskräftiges Verurteilungs-Verfahrensurteil gegen den Klagen in 55 Fällen. Durch Verurteilung im Sinne des § 38 des Gewerbegerichtsgesetzes wurden 5 Klagen erledigt, durch Zurückweisung 107, durch Abweisung der Klage 147, durch Aufheben des Prozesses bezw. Abweisung wegen Unzuständigkeit 112. In 7 Fällen ist Verurteilung gegen Endurteile des Gewerbegerichts eingeleitet. Von diesen Verurteilungen ist eine zurückgenommen, 4 sind durch Bestätigung, eine durch gänzliche Abänderung des Urteils erledigt, eine ist noch unerledigt. Wegen großer Ungelehrte wurde einmal eine Haftstrafe festgesetzt und vollstreckt. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht nicht in Tätigkeit getreten.

Ein ausgedehnter Dachstuhlbrand, der am Donnerstagmorgen aus unbekannt gebliebenen Ursachen auf dem neuen Vorderhaus Wilmersdorferstraße 12 in Charlottenburg ausbrach, beschäftigte die dortige Feuerwehrlängere Zeit. Mit zwei Dampfspritzen mußte Wasser gegeben werden, um die Flammen zu löschen.

Schöneberg. Aus einer Uebersicht der Jahresrechnung der städtischen Sparkasse ist zu entnehmen, daß im Jahre 1899 die Einnahmen 2421 609 M., die Ausgaben dagegen 2412 337 M. betragen, so daß ein Bestand von 9032 M. verblieb. — Mit dem Bau des neuen Amtsgerichts-Gebäudes für Berlin-Schöneberg wird noch in diesem Monat begonnen, und zwar soll daselbst in der Grunewaldstraße, aufstehend an die daselbst befindliche Gemeindefschule errichtet werden. Das neue Amtsgericht soll nach seiner Fertigstellung zunächst mit 34 Richtern besetzt werden.

Baumfrevel. Verschiedene Blutbuchen, die eine Pflanze des Wildparks bilden, sind dieser Tage, anscheinend von Personen, welche die Blätter an Kranzbindereien verlaufen, verunstaltet worden. Die Wildpark-Verwaltung, die schon wiederholt gedroht hat, den schönen Wald gänzlich für das große Publikum abzupferren, hat eine Belohnung von 40 M. für die Ermittlung der Thäter ausgesetzt.

Gerichts-Beilage.

Auf sächsisch verurteilt. Die sächsische Justiz hat von neuem einen Beitrag zu ihrer Kennzeichnung geliefert, diesmal in einem ja auch andern Arbeiter gegenüber beliebigen Expressionsprozeß. Anlässlich eines Festens im Kunstpalast zu Leipzig hatte der Direktor dieses Etablissements 40 Lohnkellner ausbittungsweise vom Deutschen Kellnerbund engagiert. Diese Anzahl Leute wurden am Vormittag mit den Vorarbeiten beschäftigt. Hier wurde ihnen auf ihr wiederholtes Fragen ein Lohn von 3 Mark für den Tag in Aussicht gestellt. Das Weiter heiterte sich aber auf und da die Kellner zweifellos anderweit mehr verdient hätten, so verlangten sie höheren Lohn. Dieser wurde ihnen in Höhe von 4 Mark und Abends zugesandt. Die Kellner wüthten aber nicht, welche Arbeiten sie verrichten sollten. Der Geschäftsführer teilte den Kellnern mit, es sei ein gutes Trinkgeld in Aussicht gestellt. Erst abends erfuhren die Kellner, daß sie bei der Tafel servieren sollten und daß weder löffelt noch „gezupft“ werden sollte. Unter diesen Umständen traten circa 24 Kellner zusammen, schlugen dem Geschäftsführer Wähler vor, auf das Trinkgeld zu verzichten und verlangten 6 M. pro Mann. Hierbei fiel die Aeußerung: Wenn wir die sechs Mark nicht bekommen, für vier Mark arbeiten wir nicht! Der Geschäftsführer holte den Direktor Franke und dieser erklärte sich schließlich bereit, unter Vorbehalt seiner Rechte, die sechs Mark zu zahlen. Auf den Vorschlag des Geschäftsführers, die Leute gehen zu lassen, weil sie auch so fertig würden, ging er nicht ein. Die Kellner verzichteten ihre Arbeit. Als sie aber um 1/2 Uhr nachts zum Abendessen kamen, wurden sie von einem Polizeibeamten empfangen, der von Franke herbeigeholt worden war. Dieser stellte an sie die Frage, wer die 6 M. haben wolle? Selbstverständlich traten nun einige zurück und nur 14 Mann blieben an der Forderung bestehen und wurden deshalb ihre Namen vom Polizeibeamten festgestellt. Anders Tags erhielten sie den Betrag. Wähler hatte Trinkgeld für die Kellner gegeben, das auf die Kellner verteilt wurde, die nicht 6 M. verlangt hatten. Sie erhielten pro Mann neben ihrem Lohn von 4 M. noch 2,50 M. Trinkgeld, standen sich also um 50 Reichspfennige besser als die andern. Von den 14 Mann konnte nur bei sieben im Ermittlungsverfahren festgestellt werden, daß sie an der Lohnvereinbarung teilgenommen hatten, die andern bestritten, daß sie nicht haben arbeiten wollen. Den restlichen sieben Mann wurde der Prozeß wegen Expressions gemacht und das Landgericht verurteilte auch jeden zu der geringsten zulässigen Strafe von einem Monat Gefängnis. Das Gericht sah den erstrebten rechtswidrigen Vorteil darin, daß sie an Stelle der vagen Aussicht des Trinkgeldes sich einen bestimmten Betrag sicherten und das Verlangen kurz vor dem Diner stellten, den Direktor also in die Zwangslage versetzten, entweder die geforderten 6 M. zu bezahlen, oder die übernommenen Leistungen mangelhaft herzustellen.

Das Urteil ist außerordentlich wertvoll und wird auf die im „Kantatenen“ Kellnerbund organisierten Gastwirtsgehilfen unzweifelhaft auftrüffelnd wirken.

Ein merkwürdige Geschichte beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Am Nachmittag des 19. November d. J. erschien in der Wohnung des Tischlers Müller,

Mathenowerstraße, ein Herr, der sich der Ehefrau Müller folgendermaßen vorstellte: „Im Namen des Gesetzes! Ich komme im Auftrage der königlichen Staatsanwaltschaft, um von Ihnen 13 M. 30 Pf. einzuziehen, die Ihr Ehemann der Kolonialwarenhandlerin Fräulein Brod in der Stendalerstraße für entnommene Virtualien schuldet.“ Frau Müller, die erst vor einigen Monaten aus Pommern nach Berlin verzogen und mit den hiesigen Verhältnissen nicht bekannt war, erhielt keinen geringen Schrecken. Sie versicherte, daß sie von einer Schuld ihres Mannes nichts wisse, der Besucher möge die Rechnung vorlassen, wenn die Forderung richtig sei, so solle sie beglichen werden. Der angebliche Beamte wollte sich auf nichts einlassen, er drohte, auf der Stelle zu pöbeln, wenn er nicht sofort Geld erhalte. Vergebens bat und flehte die Frau, deren vier kleine Kinder sich weinend an ihre Knie hingen. Frau Müller bat schließlich den Besucher, sie zum benachbarten Kaufmann zu begleiten, sie wolle diesen bitten, ihr den Betrag zu borgen. Auch dies wurde von dem Beamte abgelehnt, er zog es vor, sich mit dem Bemerkten zu entfernen, daß er nach acht Tagen wiederkommen würde. Als der Tischler Müller am Abend von seiner Arbeitsstelle nach Hause kam, berichtete er seiner Frau, daß die Schuld thatsächlich zu Recht bestehe. Der Fall gelangte zur Anzeige, und es wurde angenommen, daß der ungesittliche Mann, der sich unbefugt als Beamter ausgegeben und sich außerdem der verächtlichen Kollierung schuldig gemacht hatte, der Bruder des Art. Brod, der zu Rummelsburg wohnende Hauseigentümer Hugo Brod, gewesen sein müsse, da nur dieser mit den Geschäftsverhältnissen seiner Schwägerin vertraut sein konnte und Frau Müller wie deren 13jährige Tochter eine Beschreibung von der Person des Besuchers gegeben hatten, die ziemlich genau auf den Verdächtigen paßte. Brod wurde unter Anklage gestellt. Im Termin erklärte er, daß er von der ganzen Sache nichts wisse, er müsse das Opfer einer Personenverwechslung geworden sein. Er komme seit Jahren mit seiner Schwester, mit der er sich nicht besonders gut verstehe, nur bei Familienfestlichkeiten zusammen. Zum Glück könne er auch sein Alibi nachweisen. Er wolle unter Beweis stellen, daß er an dem betreffenden Nachmittage um 4 1/2 Uhr bei einem Rechtsanwalt am Spittelmarkt gewesen sei, dann einen Bekannten auf der Straße getroffen; mit ihm eine Zeitlang gelauscht habe und dann nach Rummelsburg zurückgefahren sei, wo er infolge einer behördlichen Ladung an einer Versammlung von Rummelsbürgern für die bevorstehende Volkszählung teilgenommen habe. Trotzdem blieben die Zeugnisse Frau Müller und deren Tochter mit Bestimmtheit dabei, daß der Angeklagte der Besucher gewesen sei. Die Zeugin Brod behauptete, daß ihr Bruder keine Kenntnis von der Schuld des Müller an sie haben könne, dagegen habe sie andern Personen davon erzählt, u. a. einem inzwischen verstorbenen Herrn Hoffmann, der ihrem Bruder etwas ähnlich sähe.

Der Staatsanwalt hielt die Aussagen der Frau Müller und deren Tochter für anschlagentend und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 50 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Steiner, plaidierte für Freisprechung, erbot sich außerdem aber zum Antritt des Alibibeweises. Der Gerichtshof hielt diesen Beweis nicht für notwendig, sondern sprach den Angeklagten frei, der zweifellos das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei.

Eines schweren Tittlichkeitsverbrechens war der Schankwirt Häusler beschuldigt, der gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand. Er wurde vor etwa 3 Monaten unter der Anklage, seine zehnjährige Nichte vergewaltigt und mit einer bösen Krankheit angesteckt zu haben, in Haft genommen. Alle seine Anträge auf Haftentlassung wurden ebenso wie seine Beschwerden mit der Begründung abgelehnt, daß er der That dringend verdächtig sei und eine harte Strafe zu gewärtigen habe. In der gestrigen Verhandlung hielt seine Nichte, welche aus dem Krankenhause nach dem Gerichtsaal in einem Krankenstuhl transportiert wurde, ihre belastenden Aussagen aufrecht, wozuf der Staatsanwalt 1 1/2 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten beantragte. Das Gericht erkannte jedoch nach dem Antrage des Verteidigers, Rechtsanwalt Leopold Reuer, auf Freisprechung, weil die alleinige Aussage des sich in manchen Punkten widersprechenden Kindes zu einer Verurteilung des bisher unbefehlten Angeklagten nicht ausreichte.

Zwei Menschenleben hat der Müllkammer Otto Rosnig, der gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stand, auf dem Gewissen. Schon einmal ist er zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Menschen zu Tode gefahren, und jetzt befand er sich wiederum wegen fahrlässiger Tötung auf der Anklagebank. Am Abend des 10. April d. J. fuhr der Angeklagte mit einem mit zwei Pferden bespannten Müllwagen von der Schachborststraße kommend nach der Kielerstraße. Er fuhr unverantwortlich schnell; im Galopp bog er in die Kielerstraße ein. In der Biegung überholte er zwei Postwagen, die in derselben Richtung fuhren, wobei er vorchriftswidrig auf der rechten Seite von ihnen fuhr. Zu dieser Zeit wollte gerade ein unbekannt gebliebener Mann den Fahrradweg überqueren; er war an den beiden Postwagen schon vorbeigekommen, wurde jedoch von dem Müllwagen erfasst und überfahren. Trotz wiederholten Rufens fuhr der Angeklagte in schnellster Gangart weiter. Der Verletzte ist bald darauf verstorben. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis, der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwandt mußte sich darauf beschränken, eine Herabsetzung der Strafe zu erzielen. Das Gericht erkannte auf anderthalb Jahre Gefängnis und verfügte die sofortige Verhaftung des Verurteilten.

Unzulässiger Vollzeitschutz der im Erdinnern lagernden Mineralien. Die Regierung in B e r l i n hat 1898 für ihren Bezirk eine Polizeiverordnung erlassen, wonach die Vornahme von Bohrungen nach nutzbaren Mineralien nur unter Beachtung gewisser Vorschriften zulässig sein soll. Unter andern wird auch die vorherige Einholung einer Erlaubnis verlangt. Gegen diese Vorschriften sollte sich der Bergwerksdirektor Vid verweigert haben. Er hatte absichtlich ohne Erlaubnis nach Erdöl bohren lassen, um ein höchstinstanzliches Urteil über die Rechtsgültigkeit der Regierungsverordnung herbeizuführen. In zweiter Instanz wurde er verurteilt. Das Landgericht erklärte die Verordnung für rechtsgültig und Erdöl für ein nutzbares Mineral. Auf die Revision Vid hob jedoch das Kammergericht das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei:

Die Polizeiverordnung der Regierung ist nicht rechtsgültig. Nach Wortlaut und Inhalt sei sie nicht zum Schutze der Erdoberfläche bestimmt, sondern zum Schutze der noch nicht aufgeschlossenen, im Boden liegenden Mineralien. Ein solcher Schutz gehöre aber nicht zu den Gegenständen, die nach § 8 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes durch Polizeiverordnung geregelt werden können. Somit habe der Regierungspräsident mit dem Erlaß der Verordnung seine Befugnisse überschritten. — Außerdem hätte er auch gewisse Funktionen der Ortspolizeibehörden nicht den Polizeibeamten übertragen dürfen, wie er es in der Verordnung gethan habe.

Freigeiprochen wurde vom Düsseldorf'scher Schwurgericht der Arbeiter J. Krüll, welcher seine Frau nach vorhergegangenem Wortwechsel im Wette durch zwei Schüsse getötet hat. Sich selbst hatte er verwundet. Er gab zu, daß er in der Wut, seine Frau zu töten, den Revolver gelassen habe, später aber nicht mehr wußte, was er that. Mit seiner Frau habe er schon längere Zeit im Unfrieden gelebt, weil sie sich einem unzüchtigen Lebenswandel hingab. Krüll wurde als ordentlicher fleißiger Mann geschilbert. Auf Grund der Ausführungen kam das Gericht zu dem erwähnten Urteil.

Mädchenhandel. Aus Weutchen O. S. wird uns berichtet: Ein häßliches Sittenbild dürfte der Prozeß enthalten, der Donnerstag die Strafkammer des hiesigen Landgerichts beschäftigt wird. Schon seit längerer Zeit soll an der preussisch-russischen Grenze ein schamloser Handel mit jungen Mädchen getrieben werden, um diese den Freudenhäusern in Saldamerka zuzuführen. Die Mädchen, zumeist sächsisch-polnische Abstammung, sollen ihren Eltern entweder abgekauft oder durch List, falsche Vorspiegelungen usw. entführt worden sein. Den Kauf beziehungsweise die Entführung vermitteln einheimische

Gändler, während die Agenten der Freudenhäuser von Zeit zu Zeit nach Europa kommen, um hier die Ware in Empfang zu nehmen. In welchem Umfange dieser ansehnlich sehr einträgliche Handel betrieben wird, dürfte aus dem Umstande hervorgehen, daß sich im Jahre 1899 zu Petrifau 13 Agenten in Untersuchungshaft befanden. Die Hauptanlage richtet sich gegen einen gewissen Israel Mehrowicz.

Vermischtes.

Ein Schiff in die Luft geflogen. Aus Kalsborg in Jütland wird über ein entsetzliches Schiffsunglück berichtet: Der dänische Schoner „Anna“ ist Mittwochabend vor der Mündung des Limfjorden in die Luft geflogen. Der Schoner, der eine Kaphthaladung nach Göteborg zu bringen hatte, hatte seine Reise eben angetreten und war erst dreiviertel Meilen von der Küste entfernt, als die Ladung explodierte und das ganze Schiff sofort in Flammen stand. Obwohl vom Lande gleich Hilfe gebracht wurde, hatten doch schon der Kapitän und ein Mann den Tod in den Wellen gefunden. An Bord wurden noch zwei Mann vorgefunden, welche beide Brandwunden und Quetschungen erlitten hatten. Sie wurden sofort ins Krankenhaus geschafft, einer von ihnen ist noch in der Nacht gestorben.

Aus Plegnit wird berichtet: Der Kaufmann Sally Blumenhal von hier, der vom Schwurgericht wegen unwillkürlicher Angriffe auf seine Dienstmädchen neulich zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat sich heute im hiesigen Gerichtsfängnis in seiner Zelle erhängt.

Noblesse des Militärstudiums. Gelegentlich des vorjährigen Wanders wurde bei Schlem in Hannoverischen der Sohn des Arbeiters Baule von einem Foutragewagen überfahren und stolpert, indem ein Rad des Wagens ihm die Haut vom Hinterkopfe abtrennte und bis über die Stirn nach vorn überklappte. Der Verunglückte ist wieder genesen, doch hat er auf dem rechten Auge die Sehkraft verloren. Jetzt hat die Militärverwaltung, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, dem Vater des Knaben eine einmalige Unterstützung von 1760 M. gewährt!

Die mutmaßlichen Mörder der beiden Knaben aus Götzen (Nügen) sind bereits gefasst worden. Der eine, ein 28-jähriger Mann Namens Schippe, wurde bei Bins aufgefressen, der zweite, ein schon wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilter Tischler, bei der Dampferankunft in Greifswald.

Ein Erfolg der unterseeischen Schifffahrt. Die Pariser Blätter heben mit großer Befriedigung die Leistung des Unterseebootes „Gustave Zédé“ hervor, welches in 24 Stunden umgekehrt die Fahrt von London nach Ajaccio unternahm, gegen das Admiral-Schiff einen Torpedo schleuderte und sich allen Verfolgungen entziehen konnte.

Torpedo-Explosion. Wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Madrid meldet, explodierte in Cadix bei den gestrigen Schießversuchen in der Torpedoschule mit furchtbarem, die ganze Stadt alarmierendem Knall ein nicht losgegangener Torpedo. Vier Leute, zehn Verwundete, von denen einige sichtlich verkränkt wurden, sind zu verzeichnen.

Ein unnützer Sport. Das Bölfische Telegraphenbureau hält es für nötig, aus Aszina (Ungarn), 3. Juli, folgende Nachricht zu verbreiten: Der Militär-Attache bei der deutschen Gesandtschaft in Budapest, Hauptmann v. Claer, welcher infolge einer Wette auf ein und denselben Pferde einen Wettkampf nach Berlin ausführt, ist heute hier eingetroffen. Reiter und Pferd befinden sich wohl. Morgen geht Hauptmann v. Claer seinen Weg über Oberberg-Preßlau fortzusetzen.

Die Hine in New York hält, trotzdem Gewitter niedergegangen sind, noch an. Die Kirche der Heiligen Agnes in Brooklyn

wurde durch Blitzschlag zerstört; der Bau der Kirche hatte 250 000 Dollar gekostet. Man schätzt, daß in Groß-New York seit dem 28. Juni 517 Todesfälle infolge der Hitze vorgekommen sind. Gestern kamen in Manhattan 102 und in Brooklyn 77 Todesfälle vor.

Warum Rockefeller die Wissenschaft fördert. John D. Rockefeller, der reichste Mann Amerikas, hat kürzlich 300 000 Dollar zur Errichtung eines Instituts gestiftet, das der Erforschung der Ursachen der Kinderkrankheiten gewidmet sein soll. Der Tod seines Enkels Tad hat den Milliardär dazu veranlaßt. Der kleine Tad erkrankte an Rieber. Rockefeller war sehr bestürzt, denn er liebte das Kind abgöttisch. Ein Sonderzug brachte drei Ärzte aus New York auf den Landweg des Ozeanings; nie zuvor war ein Train auf dieser Strecke mit einer solchen Schnelligkeit gefahren. „Was fehlt dem Kind?“ fragte Rockefeller und dessen Tochter. „Die Symptome deuten auf typhöses Fieber,“ war die Antwort. „Sicheres läßt sich aber noch nicht sagen, das wird erst in 24 Stunden möglich sein.“ — „Typhöses Fieber!“ schrie Dr. Rockefeller. „Wie kommt mein Enkel zu typhösem Fieber, das ist doch eine Krankheit der Armut, des Elends!“ Die Ärzte wärten ihn darüber auf, daß das Fieber auch vor den Bettchen der Kinder reicher Eltern nicht Halt mache, aber über die Entstehung der Krankheit konnten sie ihm natürlich keinen Aufschluß geben. „Warum wissen Sie nichts darüber?“ fragte Rockefeller weiter. „Die Wissenschaft hat schon viel erforscht,“ erklärten ihm die Ärzte, „es bleibt ihr aber noch viel mehr zu erkundigen übrig.“ — „Unterdessen geht aber mein Enkel zu Grunde“, meinte Herr Rockefeller und zog sich zurück. Am nächsten Tage konnten die Ärzte erklären, daß der kleine Tad von Scharlach befallen sei, reichte konnten sie aber das Kind nicht. Der Tod seines Enkels veräuserte Rockefellers Gemüt, und in der weichen Stimmung sah er den Gedanken, Männern der Wissenschaft die Gelegenheit zu geben, durch Studien und Forschungen die Ursachen und das Wesen der Kinderkrankheiten zu erkunden. Im Herbst soll das Institut, für das er hervorragende Gelehrte gewann, seine Tätigkeit beginnen.

Marktpreise von Berlin am 3. Juli 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Getzen, gut	16.00	14.90	7.00	5.00
„ mittel	14.80	13.70	6.00	4.00
„ gering	13.60	12.50	5.00	3.00
Hoggen, gut	16.20	15.40	7.50	5.50
„ mittel	15.30	14.60	6.50	4.50
„ gering	14.50	13.80	5.50	3.50
Wasserkraut	7.00	6.50	3.00	2.00
„ den	7.00	6.50	3.00	2.00
„ Waden	4.00	3.50	1.50	1.00
„ Erbsen	4.50	4.00	1.50	1.00
„ Linen	6.50	6.00	2.50	1.50

Produktenmarkt vom 4. Juli. Getreide. Der heutige Getreidemarkt war sehr still. Die Bemühungen der Händler für Getreide, die Preise zu halten, waren vergeblich, insbesondere den matten Auslandsnachfragen und dem härteren Angebot von effektiver Ware gegenüber. Von fremden Märkten sandten aus New York und Chicago leicht erhöhte Preisnachrichten, während Liverpool, Paris und Budapest weitestgehend niedriger kamen. Bei uns notierte Weizen 1/2 M., Roggen 1/2 M. billiger als gestern. Vorgesamter Artikel war namentlich aus Amerika und den Donauländern reichlich und billig offeriert; zuzüglich Angebot fehlte nach wie vor. Markt war sehr ruhig. Hofer behauptet bei einigem Geschäft in heimischem Produkt; Reis schwächer, Hülsen geschäftlos. Spiritus blieb ohne Handel und Markt. Schlachtkörper nach weiter abgekauft.

Wetter-Prognose für Freitag, den 5. Juli 1901. Zunächst ziemlich trübe, später aufklarend, am Tage etwas wärmer bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

N. 100. Vorsitzende der Offenbacher Frauen-Krankenkasse ist in Ihrer Gegend Herr Dr. Komman, Bismarckstr. 5.

N. 2. Bitte! Bitte! Bitte! Die Verwaltung der Handlungsschule des Letztervereins, Elisabethstraße 27a, oder die Rechtschule desselben Vereins, Königgrätzerstraße 90.

N. 1. und N. 100. Darlehen an Handwerker etc. werden gegen entsprechende Sicherheit gewährt vom Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Handwertern. Vorsitzende Frau Ida Salomonson, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18 (Darlehen in Höhe von 15 bis 150 M., Rückzahlung in Raten von 10 St. bis 3 M.). Ferner kommt in Betracht die Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeit (s. u.) (Darlehen nicht über 300 M.), Verwaltung unter Vorsitz des Stadtschulrats Heller im Rathaus, Zimmer 17-19; die Fiedlerische Stiftung (bis 150 M.), Vorhangs- oder ebenfalls im Rathaus, Zimmer 17-19, sowie das Bürger-Vereins-Institut; Vorsitzender Magistratssekretär Höbner, Dr. Präsidentenstr. 7.

N. 2. 9. Wägen Sie einen Antrag auf Erlass Ihrer Kosten unter Beifügung Ihrer Bescheide an das Gericht. Dann ergeht Erhaltungsbefehl. Wägen Sie zur Erteilung der Kostentragungsbefehle an das Gericht zu und beantragen dann den Gerichtsvollzieher mit Vernehmung der Pfändung. — **N. 3.** Wägen Sie die Kosten der Pfändung des Oberverwaltungsgerichts sind Sie nicht wahlberechtigt. Sind Sie in der Pfändung eingetragen, so können Sie dennoch wählen. — **N. 2. 50.** Eine Körperverletzung ist in der Regel keine Thatfache, welche die Annahme rechtfertigt, daß der Betreffende die Schaulaufschleife oder die Bezeichnung der Förderung der Wähler, des verbottenen Spiels, der Geheul oder der Unstilleit verbreiten werde. Es kann daher doch, wenn jemand wegen Körperverletzung bestraft ist, in der Regel die Konzeption oder die Vertretung ihm nicht verweigert werden. — **N. 21.** Stargarderstraße. 1. Januar 1900.

N. 100. Reichen Sie in Ergänzung Ihrer Klage ein Verzeichnis der Väter dem Gericht ein. — **N. 800.** 1. Der Vornam wird vom Gericht erannt. Die Mutter kann Vorschläge für einen solchen dem Gericht machen, das Gericht kann aber einen anderen wählen. 2. Eine Verleumdungsklage hätte wenig Aussicht auf Erfolg, weil Wahrscheinlichkeit berechtigter Interessen angenommen würde. 3. Die Reklamation in der That gefallt, so empfängt es sich, über Organisation hierzu Mitteilung zu machen, die den geeigneten Weg finden wird, die liebenswerte Klage des Verleumdeters niedriger zu fügen. — **N. 3.** Zwimmlerstraße. Rein.

N. 2. 8. 1. Ja. Sie können die Klage in Protestfall des Gerichts schreiben des Amtsgerichts erklären oder die Klage unter Beobachtung der Formalitäten schriftlich einreichen. Ein Beispiel für eine Darlehensklage finden Sie S. 200 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. 2. Die Kosten können etwa 10, der Vorbehalt 2 M. betragen. 3. Ja. — **N. 3. 3. 3. 3. 3.** Wägen Sie. Sie sind die zur Rückgabe des Verlobungsringes nach Aufhebung der Verlobung verpflichtet. Sie thun aber gut, dem Begehren nicht nachzugeben und einer Klage auf Rückgabe eine Widerklage entgegenzusetzen. Warum? Sie denken nicht auf das, was Ihnen als verlassene Braut gehört und auf Alimente für das Kind? Erwägen Sie das Armenrecht und fügen dann in der aus S. 220-223 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers, erlassenen Art gegen den ohne Grund zurückgekehrten. — **N. 3. 17.** Das ist unzulässig.

N. 115. Den fünfzigjährigen Mann hat ein Dienstmädchen nach einem heftigen Streit in Berlin zu töten. Der Antrag auf Aufhebung dieser Bestimmung wurde in dem betreffenden Stadtvorordneten-Ausschuss angenommen, aber mit etwas vier Stimmen Mehrheit von der Stadtvorordneten-Versammlung abgelehnt. Bei der Erörterung heizte sich, heraus, daß gegen die Rechtmäßigkeit des Statuts erhebliche Bedenken erhoben und daß ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts über die Rechtmäßigkeit des Statuts nicht erlangt ist. Das Dienstmädchen hat gut, die Zahlung der fünfzigjährigen abzuheben, gegen eine etwaige Forderung über gar Strafantrag Beschwerde und dann das Verwaltungsrechtverfahren einzuführen. Der Vatte ist zur Androhung einer Strafe nicht berechtigt. Den Weidnerdemerg und das Verwaltungsrecht Verfahren soll das Mädchen aber nicht selbst führen, sondern durch den Stadtvorordneten Stadtkommissioner, dem Sie dann die Papiere unterbreiten wollen, führen lassen. Dafür, daß ihr hieraus keine Kosten erwachsen, wird gesorgt werden. — **N. 3. 3.** — **N. 3.** Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 5. Juli.

Cyrenhaus. Geschlossen.

Schauspielhaus. Geschlossen.

Kened Opera-Theater (Krahl). Der Mikado. Anfang 8 Uhr.

Im Titanon-Theater: Lebende Bilder. Anfang 8 Uhr.

Schiller. (Marwig-Oper.) Hans Heiling. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Geschlossen.

Leipzig. Die dritte Eskadron. Anfang 8 Uhr.

Berliner. Geschlossen.

Westend. Das blaue Kabinett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Schauspiel des Weithalers. Umfremdet. Die goldne Bräut. Anfang 8 Uhr.

Westen. Robert und Bertram oder: Die lustigen Segelbunden. Anfang 8 Uhr.

Rezeptionsbühne. Santes Theater: Ueberdreit. Auf 8 Uhr.

Central. Schauspiel der acht japanischen Geisha aus Tokio. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Geschlossen.

Carl Weiss. Des Teufels Anteil. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Spezialitäten im Garten.

Reise-Milance. Spezialitäten im Garten.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Yuna. Anfang 8 Uhr.

Passage-Vanoprifum. Spezialitäten-Vorstellung.

Vollge-Theater. Damen-Ringsampl. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

Reichshallen. Asmann-Blumen mit feiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein“.

Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Central-Theater.

Mittwoch, 3. Juli, Anfang 7 1/2 Uhr: Gastspiel der 8 acht japan. Geishas aus Tokio. Zum 685. Male.

Die Geisha.

Operette in 3 Akten v. Ebner Eones. Einlagen in 1. und 2. Akt: 1. Feiertagstanz, 2. Ballspiel-Tanz, 3. Schmetterling-Tanz, 4. Pfänder-Tanz, 5. Frühlingstanz, 6. Schirm-Tanz, 7. Erntedank-Tanz, 8. Siegesfest-Tanz, ausgeführt von den 8 acht japanischen Geisha aus Tokio.

Metropol-Theater.

Das sensationelle Juli-Spezialitäten-Programm?

Madame Konorah?

Das ungelöste Rätsel. Ausserdem

14 brillante Neuheiten. Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Vollständig neues Spezialitäten-Programm!

10 Debüts!

Frau Luna

Luftballt Grigolatis. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Des Teufels Anteil. Komische Oper in 3 Akten von Huber. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Solts-Vorstellung. Indine. Ermäßigte Preise. Parteil 1 Karf. Sonntag: Martha.

Im Garten: Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Heute und folgende Tage: Gastsp. des altberühmten

Neumann-Bliemchen

mit seiner Gesellschaft. (Herrn Blumchen, Horvath, Gpner, Tlach, Zimmermann, Feldow und Ledermann.) Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Am 1. August: Wiederbeginn der Soltra der Stettiner Sänger.

Urania

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: — Unser Rhein. — Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu! Der Champion aller Billardkünstler Prof. Léon Goffard tritt täglich auf um 1/2 12 Uhr vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.

Lebende Photographien, die eiskerne Jungfrau usw.

Zoologischer Garten.

Täglich 5 Uhr nachmittags: Militär-Doppel-Konzert. Gastspiel der Kapelle des Badischen Leib-Grenadier-Regiments Kgl. Musikdirektor A. Boettge. Eintritt 1 Mark. Von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater.

Binnenstraße 16. Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. „Amor“ der macht es. Operetten-Buclette in 1 Akt von W. Gerike. Musik von W. Schmidt. Im Saale: Tanzkränzchen.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9. Freitag, den 5. Juli: Benefiz für den Kapellmeister R. Mahnecke und R. Kersten. Aus dem Volke. Soltsstud mit Gesang und Tanz in 4 Bildern. Auftreten der Excentric-Chansonnette Hedwig Döring, des Grottesque-Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Dams, Afrodaten, The Garays, Hof-sänger, Mr. Bartlings lebende Photographien, Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Sportpark Friedenau.

Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr: Welt-Meisterschaften.

Billet - Vorverkaufsstellen: Brennabor - Filiale, Leipzigerstrasse 111; Louis Kraft, Friedrichstr. 157, Ecke Unter den Linden (Kranler); Adler-Fahrradwerke, Markgrafstrasse Nr. 43/44; Agto & Wendt, Krausenstrasse 15; Schneider, Alexanderstrasse 28a. 709

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. — Artificielle Leistung: Paul Mühlitz. Täglich: 16492

Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kaffeeküche ist täglich von 3 Uhr ab geöffnet. 2 hochelegante Regelbühnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc. Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen: Familien-Kränzchen.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Schönhäuser-Allee 115. Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!

Susanne im Bade.

Große Aufführungsoberreite. Wochentags 5 Uhr. Sonntag: Sonntag 4 Uhr. F. Lehmann, Direktor.

Schweizergarten.

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: Moderne Don Juans.

Brauerei K. Gregory.

Badstr. 67 u. Hoonstr. 21-24. Detonon H. Bepel. Empfehle meine vorzüglichen Täle, 300 Personen fassend, für Vereinsfestlichkeiten. 18400

Im Garten: Gr. Freikonzert.

Gossmann-Konzertgarten.

Kreuzbergstr. 48, an der Köpckestraße.



Jeden Sonntag gr. Frei-Konzert und Ball. Montag und Donnerstag: Hamburger Sänger (Steidl, Bohmer, Wills Wolf usw.). Jeden Freitag Norddeutsche Sänger. Bei unzulänglicher Witterung im Saal. Nachher Kränzchen.

Sanssouci im Garten.

Täglich: Hoffmanns-Nordd. Sänger und Konzert. Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr, der Sotire 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Sotire 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag: Tanzkränzchen. Wochentags: Vereinsbilletts gültig. Tanz frei.

Wochenzüge, Wochenscheine, sowie Stoffhaden sehr billig. Hoffmann, Beteranenstraße 14. 563R

Von der Reide zurück. 22501.

Dr. Grotjahn,

Alexandrinertstraße 90.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler etc.

G. S. R. Nr. 3 Hamburg. Cert. Verwalt. Berlin F.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß laut Beschluß der Mitglieder-Versammlung vom 23. Juni 1901 die Jubiläum-Ausgabe 20 bei Bahmann und Bergstr. 69 bei Hilgenfeld einzugehen; dafür ist die Jubiläum-Vorhangs-Str. 65 (Ecke Gnommenstr.) bei Rollen eröffnet worden. NB. Dienstag finden beim Bevollmächtigten sowie Kassierer keine Sprechstunden statt. 183/7

Die Ortsverwaltung.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Büdersdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich:

Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag früh 5 1/2 Uhr Radfahrnachmittag nach Frelenmühle (S. 20). Radm. 1 1/2 Uhr: Wochentags-Tour nach Strangberg (Zum hungrigen Wolf). Wie willkommen. 12/11

Charlottenburg.

M. Schmerberg (1874). Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren in außerordentlich Preisen. Optische Artikel. Christlicher werden schmerzlos geflossen.

Honig!

Edelste. Blütenhonig, beste Qualität, versendet 9 Wd. netto zu 4.50 M. 5 Wd. netto zu 4 M. fr. Radm. War. Zurück. Nordloh. E. Reil, Bahnhof Augustfehn, Oldenburg. 11918

W. Münzers Ball-Salon

und Garten Rixdorf. Anselebeck 113, Hermann 119, empfängt feinen Saal (600 Personen fassend) und schönen Ratur-Garten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Jeden Sonntag: BALL.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Die am Dienstag verhinderte

Versammlung

findet am Freitag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Große Frankfurterstraße 117, statt.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten **Hugo Heimann** über: „Die Berliner Kommunalverwaltung und das Proletariat“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle I (Patzler).

134/10

Sonntag, den 7. Juli, vorm. 11 Uhr, in den Armin-Gassen, Kommandantenstr. 20

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Das jetzige Vorgehen der Arbeitgeber und die Beschäfte unseres letzten Verbandstages. 3. Innere Verbands-Angelegenheiten.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 14. Juli, vormittags präcise 11 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

Übungs-Stunde.

Gesellt werden: Sommerferienkinder, Empor zum Licht und Der Menschheit Erwachen. Jeder Sänger ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen; Bundesmitgliedskarte legitimiert.

Im Nebenlokal vormittags präcise 10 Uhr:

Ausschuss-Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Vereine. 2. Bericht vom Delegiertentag zu Erfurt.

3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Da zu dem Pudenwälder Sängerkreis infolge des Ferienverkehrs keine Sommerzüge gestellt werden, so können die Vereine, welche Sonnabend fahren, die Züge mit 4. Klasse zwischen 7 und 9 Uhr 10 Minuten benutzen. Billets a 1 M. 4. Klasse. Es ist also besser, wenn jeder Verein selbst sich die Billets beschafft.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonabend, den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Lokale des Herrn Stecher, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Montag, 8. Juli, im Lokale „Königsbänke“, Gr. Frankfurterstr. 117

Großes Sommerfest.

Billets a 20 Pf. sind in dieser Versammlung zu haben. Der Vorstand.

Central-Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin III.

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Zimmermann, Badstraße 58:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Bericht über die Verhandlungen der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin I).

Sonntag, den 7. Juli d. J., vorm. 10 Uhr, in Graumanns Salon, Raunynstraße Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1901. 2. Bericht von der Konferenz. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Radspanner und Träger. Achtung!

Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, bei G. Jannasch, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht von der Jahreshauptkonferenz. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Morgen, Sonnabend, Brauerei Friedrichshain: Achtung!

Großes Sommerfest

arrangiert von den

217/5

Parteigenossen des fünften Berliner Wahlkreises.

Instrumental-Konzert

ausgeführt vom Berliner Konzert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Herrn G. Grass.

Unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Märchenblätter“.

Aufstehen der Gesellschaft Strazlewicz.

Während der Pausen im hinteren Teil des Gartens: Kasperle-Theater von H. Dinant.

Großer Ball.

Jedes Kind erhält eine Stadtkarte zur Festpolonaise. — Die Kaffeeliste ist von 2-1/2 Uhr geöffnet. Anfang 4 Uhr.

NB. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Am Dienstag, den 2. Juli, verstarb unser Kollege und Werkmeister

Arthur Schekirka

infolge eines Unglücksfalles.

Ehre seinen Andern!

Die Beerdigung findet am 7. Juli, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Werderischen Kirchhofs, Pergamunstraße, statt.

Die Kollegen der Baukammer von Paris & Co., Alexanderstr. 11.

Dankagung.

Für die Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes, des

Dreher **Fedor Kühr**, sage ich allen Bekannten und den werthen Kollegen der Firma Vink u. Gehardt für die Franzosenungen meinen herzlichsten Dank.

Grau Kühr.

Herren-Anzüge.

Paletots u. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert

J. Kurzberg, Landauerstr. 13 pr. Teilzahlung gestattet.

Berein der Bau-Anschläger

Berlin und Umgegend.

Sonntag, 7. Juli, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 13, Saal I:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Vier-Kommission und Renouveau derselben. 4. Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes.

Mitgliedskarte legitimiert.

Die Dampfer-Partie findet am 15. Juli nach Redlich statt. Wahrt früh 6 1/2 Uhr vom Schillerplatz am Bahnhof Friedrichstraße.

Der Vorstand.

Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Fingerringwagen, wagen, Polsterbetten, Kinderklappstühle, Triumphstühle, Stranzenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leihweise. Große Auswahl. Preise außerordentlich billig und Teilzahlung.

A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95, vis-à-vis dem Humboldthain a. Bahnhof Gesundbrunnen.
Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude, Ruckardstr. 187/52

Leichter Erwerb für Hausfrauen!

Alle Sorten **Strumpf-Strickmaschinen** und **Zubehörteile** verkauft zu Fabrikpreisen. Teilzahlung gestattet. Anlernen gratis.

Max Pfäffer, Berlin O., Frankfurter Allee 124, part.
Reparaturen werden sachgemäß in der eigenen Werkstatt schnellstens und billig ausgeführt.

Das ist eine große Sache!

für Bierfahrer großer Brauereien.

Leicht verkäuflicher, konstanter Artikel für Brauereien bei 10 Prozent Provision zu vertreiben. Redungen Freitag, den 5. Juli, abends 6-7 Uhr. Sonntag, den 7. Juli, vormittags 10-11 Uhr Kaiser Wilhelmstraße 4, 1. Etage.

haben Sie in den Cigarrenhandlungen dänischen

Unfer-Kautabak, vorzüglicher Geschmack.

Ganz neu, in 5 und 10 Pf.-Schiffen.

Generalvertreter: **Carl Röcker**, Berlin, Ucker Weg 8. Amt 7, 3801.

Obst's Festsäle, Schöneberg,

Melinger- und Martin Lutherstrassen-Ecke.

Sonabend, den 6. Juli 1901, abends 8 Uhr:

1. Stiftungs-Fest

des Vereins der Frauen u. Mädchen Schönebergs u. Umgegend.

Gr. Sommerachts-Ball und humor. Vorträge.

Frühmorgens großes Familien-Kaffeeessen in dem künstlich angelegten Garten, wozu ergebenst einladet

Der Vorstand.

Etablissement „Neu-Seeland“

Stralau. Wwe. Schonert. Nummelsburger See.

Sonntag, den 7. Juli 1901, nachmittags 3 Uhr:

IV. Schwimm-Fest

des Arbeiter-Schwimmerbunds

bestehend in Wasser-Ballsport, Wettswimmen und Zbringen, humoristisches Reigen.

Grosses Konzert. Im Riesen-Saal: TANZ. Auftreten der besten und elegantesten Turn- u. Künstler **The Liepelt**, gen. **Blondin**.

Bei eintretender Dunkelheit: **Grosses Brillant-Feuwerk.** Beginn des Schwimmens 3 Uhr.

Die Kaffeeliste steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung. Eintritt a Person 25 Pf. Programme an der Kasse a 5 Pf.

297/10

Eine Erfrischung für Haus und Reise!!!

Neu! Reichels Fruchtextrakt-Essenzen

Reichels Original-Reichel-Essenzen zur letzten u. schnellen Selbstbereitung von Cognac, Rum, Brantweinen und Liqueuren. Einzigartig! Weltberühmt! Unsachbar! In Original für ca. 3 Str. je nach Sorte 10, 50, 60, 75 Pf. Ueber 100 Sorten. Bei 6 Flaschen die 7. gratis. Neu: Eier-Cognac-Essenz 75 Pf. Extrastarke Essig-Essenz zur Herstellung von Essigsäure. 1/2 Flasche für 12 Weine. 1/2 Flasche für 1/2 Liter. 1/2 Flasche für 0,50.

Reichels Fruchtextrakt-Essenzen enthalten das volle natürliche Aroma und die heilsame Säure der Früchte, vorzüglich zur sofortigen Herstellung ausserordentlich aromatischer Limonade-Syrups von wunderbarer erfrischender Wirkung, vollkommen wie aus süßen Früchten bereitet. Flasche 40 u. 75 Pf. für 2 1/2 und 5 Pf. Saft in Himbeer, Erdbeer, Kirsch, Citronen. Ein Pf. stellt 30 Pf. sich für u. fertig auf nur 10 Pf. ein Glas Limonade auf nur einige Pfennige. Das Beste und Billigste zu Seltern, Weibier, Sauce zu Fudding, Domesletted und süßen Speisen.

Gesund! — Bekömmlich! — Halbar!

Einzig echt u. garantiert nur mit Namenzug u. Herzmarke. Erhältlich bei **Otto Reichel**, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4, und in den bekannten Niederlagen, teils durch meine Plakate. Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.

Warnung vor Fälschung und Nachahmungen. Man achte genau auf meine Marke, weise alles andere zurück und nehme **Echte Original-Reichel-Essenzen** her. Jeder verlange kostenfrei: „Die Destillation im Haushalte“, Rezepte zu Rumtopf. Täglich neue Anerkennungen.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.** Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 4 Uhr, in der Hauptexpedition Dönhofsstr. 2 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft zu verkaufen wegen Bezug nach Ruderhald. Mars, Rahnen-Allee 96. 1514

Restoration Kronleuchter sofort preiswert zu verkaufen Friedrichsfelderstraße 24. 2250b

Restaurant billig zu verkaufen wegen Übernahme eines Gasthofs, Urbanstraße 66. 2245b

Baustelle, Hochwald, 83 Hektar, Borsig, verkauft billig Jores, Bepemid, Strittiner Wald. 2251b

Gardinen reiche Große Frankfurterstraße 9, partier. 132

Vorläufige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandsbüro Germania, Unter den Linden 21 II.

Sportbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Remontoirwaren verkauft Verlags, Reinderstraße 6. 69/10

Gardinen - Fabrik Lager Bruno Guther, Grüner Weg 80, partier. Eingang vom Star. Kein Laden. Großer Restaurationslokal. 742a

Wäbel und Teppiche auf Teilzahlung Möbelgeschäft, Dreddeckerstraße 107/108. 70/7

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partier. 132

Gelegenheitskäufe.

Russischpud 28, Sofa 10, Esstisch 5, Elegante Mahagoni - Beistellen mit Federboden 25, Kleiderbügel billig, Figuren, Verstellbar. Strassowitz, Mariannenstraße 7a. 742a

Kinderwagen. Sportwagen, Kleinwand, Bazar Baby, Invalidenstraße 100, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Welle - Alliancestraße 107, Heinekenstraße 24, 6, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647a

Achtung! Radfahrer. Wer sich ein gutes, billiges Fahrrad, sowie Herren-, Damen- und Kinderfahrzeuge kaufen will, wende sich an die Berliner Einheits - Genossenschaft, Moritzstraße 19. 740

Fahrrad. fast neu, verkauft billig Dittsch, Charlottenburg, Madixstr. 31.

Teppiche mit Bordenschieren, Fabrikverläge Große Frankfurterstraße 9, partier. 132

Nähmaschinen. Adler, Astra, Schneidnäher, Ringstich, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Stallbergstraße 136. 744a

Nähmaschinen und Feuer-Ver sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Kinderernährmittel, sehr frisch, offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu ermäßigten Preisen. Biaca-Drogerie, Paul Wende, Richard, Kaiser Friedrichstraße 242, beim Hermannplatz. 1646b

Nähmaschinenlager

für alle Arten Anzucht, Woche 1,00. Lieferung sofort. Landsbergerstraße 82.

Wäbelreinigung. Aufbäumen, spottbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, 1. Treppen links. 1135

Gehtendes Wohnhaus mit Garten, Vereinszimmer, wegen Übernahme einer Schlächtereit sofort billig zu verkaufen Bräunerstraße 2. 12264

Milchgeschäft veräußert. Zu erfragen Wrangeistraße 18, Cigarren-geschäft. 2285b

Restoration wegen Unglück und außerhalb billig zu verkaufen. Erfragen Kuhlmann, Wäbelstraße 33.

Restoration zu verkaufen. Rohdestraße 40. 2271b

Fahrradgeschäft. Reparaturen erhalten, sofort, 350 Mark, Weiserstraße 16. 2275b

Aquarium mit Schleierfischchen verkauft Gottwilerstraße 10a, Vogel.

Verkauf mein Grünkrautgeschäft, verbunden mit Holz und Kohlen, Rolle. Zu erfragen bei Mars, Rahnen-Allee 96. 741

Gut zu erhaltenes Aquarium, vollständig eingerichtet, ist sofort zu verkaufen. Radnitz, Brandelstr. 88.

Dampferpartie der Räderpolierer

goldene Fomenuhr (Doppelkopf) verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben bei W. Ritsche, Waisenauerstraße 68. 2243b

Französisch (billig) Breitestraße 6.

Englisch (billig) Breitestraße 6.

Unfallkassen. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzer, Steglitzerstraße 63. 1909b

Rechtsbureau. Rechtsfälle, Parteierteilung. Andreasstraße 2, Verländelstraße 3. 12043b

Schriftliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsakten, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig Franz Wiltshagen, Weidingerstr. 32, Duergebäude III.

Unfallkassen. Invalidentät, Gewerbesteuer, Eingabegeld, Schulde, Bergmannstraße 107. 2253b

Angustabad. Köpenickerstraße 60. Jeder Art für sämtliche Kranken-laffen. 726a

Anfertigung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Rarand, Kleine Frankfurterstr. 20.

Metalldruck aller Art, teils Broderie, Opplenerstraße 16, 1811b

Die Beleidigungen vom 27. Juni, welche ich gegen Herrn Nagel aus-sprochen, nehme ich zurück und erkläre Herrn Nagel für einen ehrenhaften Mann. Dreier. 2266b

Uhren repariert. Fiabe, Ostbiberstraße 45. 1138

Wohlfühl-Cigaretten.

Mache auf ihre unübertroffen feine Qualität aufmerksam. 1286b

Vereinzimmer. Billigste, vollst., Remonteur III 1786. N. B. Wilhelm Wilmann, Badstraße 14.

Große Vereinzimmer außer Donnerstag jeden Tag frei. Oranienstraße 183 partier. 7102

Werbte-Nachweis

der Gold- und Silberarbeiter Engel-Wer 15.

1 Goldarbeiter, 1 Silberarbeiter und 1 Goldarbeiter auf Silber.

2 Gold- und Silberarbeiter auf Reparatur und Reparatur. 116/12

Ein geschickter 108/5

Werkzeugmacher

der in der Anfertigung von Stangen und Werkzeugen für Druckstoffe verfertigt ist, wird aufgenommen bei

Mich. Stransky, Metallwaarenfabrik, Prag-Smichow, Przemyslsgasse.

Tüchtiger

Gutform - Former, sein erste Kraft, für Zink und Aluminium per sofort nach Breslau bei gutem Verdienst und dauernder Stellung gesucht.

Offerten sub A. 974 an Haasenstein & Vogler, A.-G. Breslau.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.